

**Mit Herz,
Haltung und
Zuversicht.**



SPD Soziale
Politik für
Dich.

DU BIST DIE MITTE

Sachsen-Anhalt steht an einem Punkt, an dem sich entscheidet, ob Politik gestaltet oder nur verwaltet. Das Land befindet sich mitten im Strukturwandel – wirtschaftlich, energetisch, demografisch. Industrie verändert sich, Arbeitsplätze wandeln sich, ganze Regionen stehen vor neuen Aufgaben. Dieser Wandel ist keine abstrakte Debatte. Er betrifft Betriebe, Kommunen und Familien. Er entscheidet darüber, ob Wertschöpfung im Land bleibt und ob Menschen hier eine Perspektive sehen.

Strukturwandel ist kein kurzfristiges Projekt. Er ist ein Prozess über Jahre. Er verlangt Planung, Investitionen und politische Verlässlichkeit. Sachsen-Anhalt ist Industrieland geblieben, weil Entscheidungen getroffen wurden: für Energieinfrastruktur, für Forschung und Wissenschaft, für Ansiedlungen, für den Erhalt industrieller Kerne. Diese Entscheidungen haben Wirkung gezeigt. Sie dürfen nicht relativiert werden. Wer glaubt, Wandel lasse sich durch Stillstand oder einfache Antworten aufhalten, verkennt die Realität.

Viele Menschen erleben diese Zeit dennoch als unsicher. Steigende Preise, Veränderungen im Arbeitsleben und Vertrauensverlust in den Staat prägen den Alltag. Hinzu kommt eine politische Debatte, die oft zuspitzt, statt zu erklären. Verantwortung beginnt dort, wo die Lage nüchtern benannt wird und Politik Prioritäten setzt – nicht getrieben von Lautstärke, sondern von Verlässlichkeit.

In den vergangenen Jahren hat die Deutschland-Koalition unter außergewöhnlichen Bedingungen regiert. Pandemie, Energiekrise, geopolitische Umbrüche und wirtschaftliche Verwerfungen haben politische Handlungsfähigkeit gefordert. Regierungsarbeit bedeutete in dieser Zeit, Stabilität zu sichern, Arbeitsplätze zu schützen und öffentliche Strukturen funktionsfähig zu halten. Nicht jede Entscheidung war einfach. Nicht alles ist gelungen. Aber Sachsen-Anhalt ist durch diese Krisen gekommen, ohne seine wirtschaftlichen Grundlagen zu verlieren. Das ist Ergebnis verantwortungsvoller Politik.

Für viele entscheidet sich Politik nicht in Programmen oder Debatten, sondern im Alltag: ob der Bus fährt, ein Termin beim Amt erreichbar ist, die Schule funktioniert, man einen Arzt findet, wenn man krank ist, und ob Arbeit Sicherheit gibt oder Sorgen macht. Genau an diesen Punkten wird Vertrauen gewonnen oder verloren.

Sachsen-Anhalt braucht einen Staat, der funktioniert – in den Schulen, in der Verwaltung, in der Infrastruktur. Fortschritt entsteht nicht durch Ankündigungen, sondern durch Umsetzung. Verfahren müssen verlässlich sein, Entscheidungen nachvollziehbar, Zuständigkeiten klar. Ohne bezahlbare Energie gibt es keine Industrie. Ohne Industrie keine guten Arbeitsplätze. Und ohne gute Arbeit keinen sozialen Zusammenhalt.

Arbeit ist mehr als ein ökonomischer Faktor. Sie entscheidet über Selbstständigkeit, Anerkennung und Teilhabe. Wer arbeitet, muss davon leben können. Wer krank wird, darf nicht durchs Raster fallen. Wer Unterstützung braucht, soll sie bekommen – ohne Misstrauen, ohne Demütigung. Soziale Sicherheit ist keine Nebensache. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Menschen Veränderungen mittragen.

Gesundheit, Pflege und soziale Infrastruktur gehören deshalb ins Zentrum politischer Verantwortung. Ein erreichbares Gesundheitssystem, verlässliche Pflegeangebote und funktionierende soziale Dienste entscheiden darüber, ob Menschen im Land bleiben, ob Familien hier Zukunft sehen und ob Zusammenhalt im Alltag gelingt. In einem Land, das älter wird, ist das keine Frage des guten Willens, sondern der Priorität.

Integration, Inklusion und Teilhabe sind ein flächendeckender Standortfaktor. Sie bestimmen, wie offen und leistungsfähig eine Gesellschaft ist. Sachsen-Anhalt braucht eine Willkommenskultur, die trägt – im Betrieb, in der Schule, im Ehrenamt, in den Kommunen. Wer hier lebt oder arbeitet, muss die Chance haben, Teil dieser Gesellschaft zu werden.

So verstanden organisiert Sozialpolitik nicht Mangel, sondern ermöglicht Lebenswege. Ein Land funktioniert nur dann, wenn Menschen sich gesehen fühlen – nicht als Zielgruppe, sondern als Teil einer gemeinsamen Verantwortung.

Gleichstellung ist Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und sozialen Zusammenhalt. Sie entscheidet darüber, ob Frauen und Männer ihre Fähigkeiten entfalten und gleichberechtigt an Gesellschaft, Arbeit und Politik teilhaben können. Ein Land, das Frauen nicht schützt, nicht beteiligt und nicht gleichstellt, verschenkt Potenziale, schwächt seine Demokratie und handelt ungerecht.

Wo Frauen und Männer gleichgestellt sind, werden wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, demokratische Kultur und sozialer Zusammenhalt gestärkt. Die SPD Sachsen-Anhalt versteht Gleichstellung deshalb als verbindlichen Maßstab politischen Handelns – in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen staatlicher Verantwortung.

Demokratie steht dabei nicht am Rand dieses Programms, sondern in seinem Zentrum. Sie gerät nicht zuerst durch offene Feindschaft unter Druck, sondern durch Handlungsunfähigkeit. Wenn Parlamente blockiert sind, Regierungen keine Mehrheiten finden und Probleme bewusst verschärft statt gelöst werden, verliert Demokratie ihre Überzeugungskraft. Populismus und nationaler Rechtsextremismus setzen genau hier an: Sie zielen nicht auf Verantwortung, sondern auf Destabilisierung.

Sachsen-Anhalt braucht deshalb stabile demokratische Regierungsmehrheiten. Nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für Freiheit, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt. Wer Demokratie schützen will, muss sie handlungsfähig halten. Dazu gehören klare Entscheidungen, tragfähige Kompromisse und der Wille, Verantwortung zu übernehmen – auch gegen den Widerstand derer, die vom Stillstand profitieren.

Die SPD Sachsen-Anhalt stellt sich dieser Verantwortung. Dieses Programm steht für den Anspruch, den Strukturwandel gerecht zu gestalten, soziale Sicherheit zu gewährleisten und das Land verlässlich zu regieren. Es richtet sich gegen Populismus und Rechtsextremismus – nicht mit Empörung, sondern mit stabiler demokratischer Politik.

Am 6. September 2026 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt über den weiteren Weg dieses Landes.

Arbeit, Industrie, Energie.

Wie Sachsen-Anhalt ein starkes Industrieland bleibt, gute Arbeit sichert und den Wandel so organisiert, dass Wertschöpfung, Beschäftigung und soziale Sicherheit zusammengehören.

Sachsen-Anhalt ist ein Industrieland. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen, unternehmerischer Verantwortung und der Arbeit vieler Menschen. Industrie, Handwerk und Mittelstand und viele Solo-Selbstständige sichern Wertschöpfung im Land und geben hunderttausenden Beschäftigten Halt und Perspektive. Diese Grundlage zu sichern und weiterzuentwickeln, ist eine zentrale Aufgabe von Wirtschaftspolitik. Dabei berücksichtigt sie insbesondere bei Kleinbetrieben und Solo-Selbstständigen die besonderen Rahmenbedingungen, stärkt soziale Absicherung und Vorsorge, sorgt für faire Vergabe- und Zahlungsbedingungen, öffnet Qualifizierungsangebote und verbessert Beteiligung und Sichtbarkeit.

Der wirtschaftliche Wandel stellt das Land vor neue Herausforderungen. Energiepreise, technologische Veränderungen und der Umbau hin zu klimafreundlicher Produktion verändern Produktionsweisen und Arbeitsplätze. Dieser Wandel darf nicht dem Zufall überlassen werden. Er braucht Planung, Steuerung, Investitionen und einen klaren politischen Rahmen, der Unternehmen Orientierung gibt und Beschäftigte schützt.

Gute Arbeit steht dabei im Mittelpunkt. Wirtschaftlicher Erfolg misst sich nicht allein an Wachstum, sondern an fairen Löhnen, verlässlichen Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Wer arbeitet, muss davon leben können. Wer sich qualifiziert, muss Perspektiven haben. Und wer Verantwortung übernimmt, muss sich auf verlässliche Rahmenbedingungen verlassen können.

Energie ist eine zentrale Standortfrage. Bezahlbare, sichere und klimafreundliche Energie entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Strukturwandel gehören deshalb zusammen. Ziel ist ein Sachsen-Anhalt, das industriell stark bleibt, Innovation ermöglicht und den Wandel sozial absichert.

Gute Arbeit und faire Bedingungen

Arbeit ist mehr als Einkommen. Sie bedeutet Anerkennung, Sicherheit und Teilhabe. Die SPD setzt sich für Tariflöhne in allen Branchen, gute Arbeitsbedingungen und den Schutz vor prekärer Beschäftigung ein. Es ist Teil der DNA der SPD, Arbeitnehmerrechte zu sichern und fortlaufend zu verbessern. Dabei stehen wir klar zum Acht-Stunden-Tag ebenso wie zum Anspruch auf Teilzeitarbeit. Mitbestimmung in den Betrieben ist ein zentraler Bestandteil einer fairen Wirtschaftsordnung und wird gestärkt.

Mittelstand, Handwerk und Bürokratieabbau

Handwerk, Gewerbe und Mittelstand sichern Arbeitsplätze im ganzen Land. Bürokratie darf sie nicht ausbremsen. Gesetze werden darauf geprüft, ob sie zusätzliche Berichtspflichten für Betriebe schaffen. Doppelbelastungen durch europäische, bundes- und landesrechtliche Vorgaben werden reduziert. Dokumentationspflichten werden vereinfacht oder abgeschafft. Förderprogramme werden durch geringere Antragsanforderungen und digitale Nachweisverfahren zugänglicher gestaltet.

Industriepolitik, Energie und Transformation

Sachsen-Anhalt braucht eine Industriepolitik, die wirtschaftliche Stärke und ökologische Verantwortung verbindet. Der Ausbau erneuerbarer Energien, klimafreundliche Produktionsverfahren, Kreislaufwirtschaft und neue Technologien, insbesondere Hoch- und Spitzentechnologie sowie die IT-Wirtschaft werden gezielt unterstützt. Bestehende Branchen – von Chemie und Landwirtschaft über Lebensmittelverarbeitung bis zu Halbleitern und Automobilzulieferern – werden bei der Modernisierung begleitet. Ein Klimagründungsgeld holt zukunftstaugliche Branchen ins Land.

Erneuerbare Energien sind die günstigste Form der Energieerzeugung. Bioenergie und Speicher haben Vorrang vor teurem Gas. Energie wird gespeichert, wenn sie im Überfluss vorhanden ist. So können Lastspitzen und "Dunkelflauten" in einem Stromsystem mit hohem Anteil erneuerbarer Energien schnell und effizient ausgeglichen werden. Die niedrigen Kosten müssen schnellstmöglich bei den Kunden ankommen, z.B. durch Förderung lokaler Direktabnahmeverträge. Wir stehen für eine konsequente Energiewende bei bezahlbaren Energiepreisen für Unternehmen und private Haushalte. Deshalb setzen wir uns für eine weitgehende Deckelung der Netzentgelte, eine konsequente Digitalisierung der Netze sowie für eine Reduzierung der Stromsteuer ein. Das sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit und ermöglicht Investitionen. Investitionen in Infrastruktur, Forschung und beschleunigte Verfahren stärken Sachsen-Anhalt als Standort für Zukunftsindustrien – von erneuerbaren Energien wie Windkraft über Wasserstoff und Batterietechnologien bis zur digitalen Wirtschaft. Für eine erfolgreiche Wärmewende setzen wir auf Bürgerbeteiligung, Förderung von Energiegenossenschaften, Bürgerstrom und Energie-Sharing.

Wir werden die Erstellung einer Carbon-Management-Strategie und darauf basierender Industrie-Dialoge anstoßen. Außerdem werden wir die Industrie bei der Erweiterung ihrer Geschäftsfelder um zirkuläre Angebote unterstützen. Repair-Cafés werden wir weiterhin finanziell unterstützen. Die Umwelt-Allianz wollen wir zur Umwelt-Akademie für Unternehmerinnen und Unternehmer weiterentwickeln. Sie soll Kooperationspartner des DIHK-Unternehmensnetzwerk „Bündnis für Biodiversität“ werden. Eine zukunftsfähige Energieversorgung ist eng verbunden mit Energieeffizienzsteigerungen. Potenziale sollen nicht nur in Unternehmen, sondern auch in Kommunen und privaten Haushalten weiter erfolgreich gehoben werden.

Energiewende und Gerechtigkeit

Die Energiewende ist eine Gerechtigkeitsfrage. Gewinne aus Wind- und Solaranlagen flossen bisher oft an überregionale Investoren. Um die Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt zu stärken, fördern wir Kommunen gezielt: Ein Landesprogramm unterstützt Städte und Landkreise bei Investitionen in erneuerbare Energien und bei der Gründung von Kreiswerken. Das stärkt die Akzeptanz und entlastet Haushalte. Zudem fördern wir Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen bei Balkonsolaranlagen und Speichern.

Die Wärmewende ist die nächste Aufgabe. Wärme soll nachhaltig und bezahlbar sein. Kommunale Unternehmen unterstützen wir mit Förder- und Absicherungsinstrumenten zur Senkung der Kapitalkosten. Auch das Potenzial der Tiefengeothermie wollen wir durch bessere Daten und Risikoabsicherung stärker nutzen.

Schlüsselindustrie Chemie

Die Chemieindustrie prägt mit bedeutenden Chemieparks die Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts. Der industrielle Kern im Chemiedreieck Mitteldeutschland hat für uns eine besondere Bedeutung, weil er Lohn und Brot für tausende Menschen in Sachsen-Anhalt sichert und Grund- und Rohstoffe für die gesamte europäische Wirtschaft produziert. Gegenwärtig durchläuft diese Industrie die größte Transformation in ihrer Geschichte, in der die Produktion auf Klimaneutralität umzustellen ist. Diese Aufgabe kommt einer wissenschaftlich-technischen Revolution gleich und erfordert daher eine deutliche Unterstützung durch die Landespolitik bei Energie-, Infrastruktur- der Transformationsprozess-Fragen. Die SPD wird diese Herausforderung mit höchster Priorität annehmen.

Eine Task Force „Chemieindustrie in der Transformation“ wird in einem halbjährlichen Konsultationsmechanismus mit Entscheidern aus Politik, Verwaltung und Chemieindustrie die landespolitischen Rahmenbedingungen für die Chemieindustrie der Zukunft neu justieren.

Wir wollen die Landesenergieagentur LENA zum Energiekompetenzhub für Wirtschaft und Verbraucher ausbauen. Sie soll zur Landeskoordinierungsstelle für die künftigen Wasserstoff- und Kohlendioxid-Infrastrukturen werden.

Strukturwandel sozial gestalten

Strukturwandel darf niemanden zurücklassen. In neue Arbeitsplätze, Umschulungen und regionale Wirtschaftszentren wird gezielt investiert, insbesondere in ehemaligen Bergbauregionen. Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden frühzeitig eingebunden, um Akzeptanz zu schaffen und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gleichzeitig sehen wir, dass Strukturwandelprozesse überall da erfolgreich sind, wo Menschen vor Ort selbst mit anpacken können. Projekte wie „Revier Pionier“ wollen wir deswegen in der kommenden Legislatur verstetigen.

Fachkräfte sichern und gewinnen

Gute wirtschaftliche Entwicklung braucht qualifizierte Fachkräfte. Moderne Schulen, starke Berufsschulen, kostenfreie Bildung sowie Ausbildung und Weiterbildung sind zentrale Bausteine. Zugleich ist Sachsen-Anhalt auf Fachkräfte aus Europa und der Welt angewiesen. Eine offene und verlässliche Fachkräftepolitik ist Voraussetzung für die Zukunft von Industrie und Handwerk.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Wirtschaftliche Chancen dürfen nicht vom Wohnort abhängen. Verlässliche Infrastruktur, gute Erreichbarkeit, Mobilfunk und Breitband werden landesweit gesichert. Stadt- und Ortszentren werden durch gemeinsame Initiativen von Kommunen und Wirtschaft gestärkt.

Gründen und Innovation ermöglichen, Wissenschaft und Wirtschaft verbinden

Gründungen dürfen nicht an Formularen scheitern. Förderangebote werden vereinfacht und besser erreichbar gemacht – etwa durch einen Gründungsbonus für Start-ups und ein unbürokratisches Programm für Berufserfahrene. Bestehende regionale Anlaufstellen werden gestärkt.

Sachsen-Anhalt verfügt über eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft. Forschung und Wirtschaft werden enger verzahnt, um Innovationen schneller in die Praxis zu bringen. Anwendungs- und transferorientierte Forschung steht im Mittelpunkt.

Tourismus

Tourismus ist ein relevanter Wirtschaftsfaktor und schafft Arbeitsplätze und Lebensqualität – von der Altmark über den Harz und Wittenberg bis in die Saale-Unstrut-Region. Die Tourismusstrategie des Landes wird konsequent auf nachhaltigen und sanften Tourismus ausgerichtet. Infrastruktur, Erreichbarkeit, Radwege und Bahnverbindungen werden gesichert und weiterentwickelt. Überregionale und internationale Vermarktung, Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit stärken die Attraktivität des Landes.

Gute Arbeit. Ankommen. Bleiben.

Wie Sachsen-Anhalt Arbeit sichert, Fachkräfte gewinnt und Zuwanderung als Chance gestaltet.

Gute und sichere Arbeit ist und bleibt unser zentrales Versprechen. Gute Arbeit ist mehr als Beschäftigung. Sie schafft Sicherheit, Anerkennung und Perspektiven.

Für viele Menschen in Sachsen-Anhalt war Arbeit über Jahrzehnte hinweg mit Brüchen, Verlusten und Neuorientierung verbunden. Heute steht das Land vor einer neuen Realität: Der demografische Wandel führt zu einem wachsenden Mangel an Arbeits- und Fachkräften, während technologische und wirtschaftliche Veränderungen bestehende Berufe grundlegend verändern.

Wie Sachsen-Anhalt diesen Wandel gestaltet, entscheidet über wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zentrale Aufgabe ist es, alle vorhandenen Potenziale zu nutzen, Qualifikationen zu sichern und neue Fachkräfte zu gewinnen. Arbeitspolitik, Bildungs- und Qualifizierungspolitik sowie Zuwanderung gehören dabei untrennbar zusammen.

Arbeit sichern und Potenziale nutzen

Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt steht vor großen Herausforderungen. Schon heute gehen mehr Menschen in den Ruhestand, als neue Beschäftigte nachrücken. Um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern, müssen alle Erwerbspotenziale besser genutzt werden.

Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung, Alleinerziehende, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien sowie Menschen mit Behinderungen sollen durch individuelle, bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote besser erreicht werden. Wir fördern gezielte Maßnahmen zum Erhalt

der Beschäftigungsfähigkeit im Alter, beispielsweise durch Gesundheitsförderung und altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeitmodelle insb. für Frauen. Ziel ist dauerhaft existenzsichernde Beschäftigung.

Beschäftigte, die durch Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verlieren, brauchen schnelle, passgenaue und möglichst regionale Unterstützungsangebote, um Qualifikationen zu erhalten und neu einzusetzen. Eine regionalisierte Arbeitsmarktpolitik bleibt dafür unverzichtbar.

Gute Arbeit heißt faire Bedingungen

Gute Arbeit bedeutet faire Löhne, sichere Beschäftigung und Mitbestimmung. Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung sind entscheidend für gute Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz stärken wir die Tarifbindung im Land. Eine Ausweitung der bestehenden Einschränkungen oder eine Abschaffung dieses Gesetzes wird es mit uns nicht geben.

Das Land unterstützt die Gründung von Betriebsräten, informiert über Arbeitnehmerrechte und setzt klare Maßstäbe: Unternehmen, die Mitbestimmung systematisch behindern, sollen von staatlichen Förderungen ausgeschlossen werden und weitere Sanktionen erfahren. Die Landesbetriebsrätekonzferenz bleibt ein zentrales Instrument des Austauschs.

Junge Menschen müssen frühzeitig über die Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft, Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und die Rolle der Gewerkschaften informiert werden. Der Zugang von Gewerkschaften zu allgemeinbildenden und beruflichen Schulen soll ermöglicht werden.

Unternehmen werden sich stärker dafür engagieren müssen, ihre Beschäftigten zu entwickeln, zu halten und in Ausbildung sowie neue Fachkräfte zu investieren. Gute Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Arbeitszeiten, Qualifizierung, teilhabeorientierte Unternehmenskulturen und faire Bezahlung sind entscheidend. Dieses Engagement wollen wir gezielt unterstützen – durch Förderung, Beratung und Zertifizierungen.

Ausbildung stärken, Übergänge sichern

Ausbildung ist das Fundament erfolgreicher Berufsbiografien. Sachsen-Anhalt ist Ausbildungsland – das soll so bleiben. Überdurchschnittlich viele junge Menschen beginnen hier eine Berufsausbildung. Das wollen wir erhalten und zugleich die Lösung von Ausbildungsverhältnissen reduzieren.

Eine frühzeitige und qualifizierte Berufsorientierung ist dafür entscheidend. Das Landesprogramm BRAFO wird fortgeführt, weiterentwickelt und auf alle weiterführenden Schulen ausgeweitet, einschließlich der Gymnasien.

Ziel ist, dass jedem jungen Menschen verlässlich ein qualifiziertes und passendes Ausbildungsangebot unterbreitet wird. Auch Jugendliche ohne Schulabschluss und mit gebrochenen Bildungsbiografien sollen eine Chance auf Ausbildung erhalten. Einstiegsqualifizierung und Assistierte Ausbildung unterstützen und begleiten diesen Weg.

Jugendberufsagenturen haben sich als zentrale Anlaufstellen bewährt. Ihre Förderung und Weiterentwicklung sichern Beratung, Ausbildung und Unterstützung aus einer Hand.

Ausbildung fair finanzieren

Ausbildung ist eine gemeinsame Verantwortung. Kleine und mittelständische Betriebe dürfen durch ihr Ausbildungsengagement nicht benachteiligt werden. Ziel ist ein solidarisches Finanzierungssystem, in das alle Unternehmen einzahlen. Ein derartiger Ausbildungsfonds stärkt Qualität, Fairness und Stabilität auf dem Ausbildungsmarkt.

Mobilität ist Voraussetzung für Ausbildung. Eine Vergünstigung des Deutschlandtickets verbessert die Erreichbarkeit von Ausbildungsplätzen. Gleichzeitig bleiben Führerschein und Auto insbesondere im ländlichen Raum wichtig. Hohe Führerscheinkosten belasten junge Menschen und Familien. Da er in vielen Fällen für den Berufseinstieg notwendig ist, muss der Führerschein günstiger werden.

Faires Praktikum

Durch Praktika erhalten junge Menschen Einblicke in die Berufswelt. Wir setzen uns dafür ein, die Praktikumsprämie auf alle Berufe, insbesondere in den Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen auszuweiten. Wir wollen, dass Pflichtpraktika in Ausbildung, Umschulung und Studium vergütet werden und unter fairen Bedingungen stattfinden. Wo das Land zuständig ist, werden wir vorangehen.

Weiterbildung als Schlüssel

Weiterbildung gewinnt angesichts von Digitalisierung, technologischem Wandel und neuen Arbeitsformen weiter an Bedeutung. Die Förderung individueller und betrieblicher Weiterbildung wird fortgesetzt.

Weiterbildungsagenturen sollen verstetigt werden, um Transparenz und Qualität im Weiterbildungsmarkt zu sichern. Die Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“ unterstützt Fachkräfte und Unternehmen beim Finden, Binden und Weiterqualifizieren. Diese Beratungsstrukturen wollen wir dauerhaft sichern.

Durch eine Informationskampagne wird die Bildungszeit bekannter gemacht. In einem zweiten Schritt wird geprüft, ob der Anspruch dem tatsächlichen Bedarf entspricht.

Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

Ein Arbeitsmarkt, der alle teilhaben lässt, braucht gleiche Chancen für Frauen und Männer. Geschlechtersensible Berufsorientierung soll mehr Frauen für MINT-Berufe und das Handwerk gewinnen. Gezielte Förderung und Kampagnen unterstützen diesen Weg.

Noch immer tragen Frauen den größeren Teil der Sorgearbeit und erleben dadurch berufliche Nachteile. Wir schaffen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und verlässliche Rahmenbedingungen für eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, die sich viele junge Familien ausdrücklich wünschen. Handlungsbedarf besteht sowohl im Öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft.

Der öffentliche Dienst soll sich stärker für die Potenziale von Menschen mit Behinderungen öffnen. Es wird geprüft, wie vergleichbare Ausbildungsabschlüsse bei Bewerbungen berücksichtigt werden können, um Benachteiligungen auszugleichen.

Aktivierung, Qualifizierung, Vermittlung in Arbeit

Ziel ist die aktive Teilhabe aller Menschen am Arbeitsmarkt. Die Grundsicherung ist dabei Instrument der Aktivierung, Qualifizierung und Vermittlung. Jobcenter müssen so ausgestattet sein, dass sie individuelle Förderangebote machen und Menschen nachhaltig in Arbeit bringen können.

Um regional passgenaue Angebote der Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik vorzuhalten, setzen wir weiter auf eine regionalisierte Arbeitsmarktpolitik und den Einsatz von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds.

Inklusiver Arbeitsmarkt

Zu viele Menschen arbeiten in Werkstätten, obwohl sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gebraucht werden. Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt sollen rechtlich und organisatorisch erleichtert werden – insbesondere durch das Budget für Arbeit und Ausbildung. Wir wollen, dass die Partnerschaften zwischen Unternehmen und Behindertenwerkstätten gefördert werden, die als Brücke zwischen Bewerbern und potenziellen Arbeitgebern fungieren.

Die personelle Ausstattung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen wird verbessert. Die institutionelle Anbindung soll überprüft werden, um dem Amt mehr politisches Gewicht zu verleihen. Wir wollen ein Büro für Leichte Sprache in dem für Inklusion zuständigen Ministerium etablieren, das als Service für die gesamte Landesregierung /Landesverwaltung zur Verfügung steht.

Die Reform der Eingliederungshilfe wird weiter verstetigt. Vereinbarungen im Landesrahmenvertrag werden regelmäßig überprüft. Wir setzen uns für die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in der GK 131 (Gemeinsame Kommission nach § 131 SGB IX) ein.

Zuwanderung als Chance nutzen und gestalten

Der Fach- und Arbeitskräftemangel macht deutlich: Sachsen-Anhalt ist auf Zuwanderung angewiesen. Migration soll geordnet, gestaltet und integrationsorientiert erfolgen. Menschen, die zu uns kommen, sollen Bildung, Ausbildung und Arbeitsperspektiven finden und ihren Lebensunterhalt selbst sichern können. Arbeitsverbote lehnen wir ab.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Sprachkurse müssen frühzeitig verfügbar sein. Wo Bundesangebote nicht ausreichen, ergänzt das Land die Sprachförderung, um den Zugang zu Ausbildung und Arbeit nicht zu verzögern.

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse bleibt eine zentrale Herausforderung. Verfahren werden beschleunigt, Berufserfahrungen stärker berücksichtigt. Bürokratische Abläufe von Anwerbung bis Arbeitsaufnahme werden vereinfacht. Lotsen- und Beratungsdienste unterstützen Fachkräfte und Unternehmen.

Mit dem Job-Buddy-Programm entlasten wir Fachkräfte und Betriebe. Es erleichtert Orientierung, beschleunigt Integration in den Arbeitsalltag und unterstützt nachhaltige Arbeitskräftezuwanderung.

Willkommenskultur stärken

Damit Menschen bleiben, braucht es eine gelebte Willkommenskultur. Das Welcome Center Sachsen-Anhalt leistet wichtige Arbeit beim Ankommen. Wir werden das Welcome Center zu einer Agentur zur Gewinnung und Integration für ausländische Fachkräfte weiterentwickeln. Interkulturelle Kompetenzen in Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Betrieben werden gestärkt. Migrationsberatungsdienste bleiben unverzichtbar und werden unterstützt.

Kommunen sind zentrale Orte des Ankommens. Sie müssen so ausgestattet sein, dass Erstintegration gut gelingt und Zusammenleben reibungslos gestaltet werden kann. Ausländerbehörden sollen neben der rechtssicheren Umsetzung des Aufenthaltsrechts ihre Beratungsfunktion stärken.

Wer eine Ausbildung begonnen hat oder einer lebensunterhaltssichernden Beschäftigung nachgeht, soll bleiben können. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht schafft dafür die Grundlage und muss konsequent umgesetzt werden.

Bildung und Teilhabe sichern

Kitas und Schulen sind Schlüsselorte der Integration. Frühkindliche Bildung fördert Sprache und Zusammenleben. Kitas benötigen dafür ausreichende personelle Ressourcen und fachliche Unterstützung. Diese Förderung wird in der Grundschule fortgesetzt.

Je nach Situation braucht es mehr sprachkompetente Lehrkräfte, gezielte Sprachförderung und zusätzliche Stundenkontingente. Das Absondern zugewanderter Schülerinnen und Schüler lehnen wir ab. Auch Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen von Anfang an ein gleichwertiges Bildungsangebot erhalten.

Beteiligung und Zusammenhalt stärken

Integration gelingt nur gemeinsam. Selbstorganisationen von Zugewanderten, Ehrenamtliche, Vereine und Initiativen sind unverzichtbare Partner und werden unterstützt. Der Landesintegrationsbeirat bleibt zentrales Beratungsgremium.

Kommunale Koordinierungsstellen für Integration werden gestärkt. Ehrenamtliches Engagement wird weiterhin unterstützt. Das Landesintegrationskonzept wird weiterentwickelt und durch ein wirksames Monitoring begleitet.

Gesund bleiben. Sicher leben.

Wie soziale Sicherheit, gute Gesundheitsversorgung und verlässliche Unterstützung im Alltag zusammengehören – in Stadt und Land, für alle Lebenslagen.

Gesundheit und soziale Sicherheit entscheiden darüber, ob Menschen ihr Leben mit Zuversicht gestalten können. Ob Hilfe erreichbar ist, wenn man krank wird. Ob Pflege organisiert werden

kann, wenn Menschen sie brauchen. Und ob soziale Brüche nicht sofort zu existenziellen Sorgen führen. Ein funktionierender Sozialstaat zeigt sich nicht in Programmen, sondern im Alltag.

Sachsen-Anhalt steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Die Bevölkerung wird älter, Fachkräfte fehlen, Wege sind lang – besonders im ländlichen Raum. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an medizinische Versorgung, Pflege und soziale Dienste. Diese Entwicklungen lassen sich nicht verwalten, sie müssen politisch gestaltet werden. Deshalb setzen wir weiterhin auf die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen und die Zahlung von Ausbildungsvergütungen. Wir unterstützen, dass Gesundheitsberufe künftig mehr Verantwortung u.a. durch Aufgabenverlagerung in der medizinischen Versorgung übernehmen – auch zur Entlastung von Ärztinnen und Ärzten. Bereits 2027 soll der neue Beruf der Pflegeassistentin in Sachsen-Anhalt ausgebildet werden.

Gesundheits- und Sozialpolitik bedeutet mehr als die Organisation einzelner Leistungen. Sie schafft Verlässlichkeit, stärkt Zusammenhalt und gibt Menschen Sicherheit, Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen. Dazu gehört auch eine Gesundheitsversorgung, die unterschiedliche Lebenslagen sowie geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedarfe berücksichtigt. Das ist eine zentrale Aufgabe des Landes.

Medizinische Versorgung sichern, Gesundheitsdienste stärken

Eine flächendeckende, gut erreichbare und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung ist Voraussetzung für Lebensqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse. Ambulante und stationäre Versorgung müssen stärker miteinander verzahnt werden. Krankenhäuser, ambulante Versorgung, Rettungsdienste und Pflege sind gemeinsam zu denken. Sektorengrenzen dürfen nicht zu Versorgungslücken führen.

Wir stehen für eine Krankenhauslandschaft, die sich an den Kriterien Qualität, Erreichbarkeit und Wirtschaftlichkeit orientiert und nicht an Kapitalinteressen. Dazu werden wir die bestehenden Krankenhäuser durch eine verlässliche, langfristig ausgerichtete Investitionskostenfinanzierung sichern und Umbaumaßnahmen aus Landesmitteln unterstützen. Um die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zu verbessern und die Behandlungsqualität zu erhöhen, setzen wir auf sinnvolle Personaluntergrenzen im ärztlichen Bereich und der Pflege. Zur Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum werden wir uns bei erforderlichen Rekommunalisierungen für finanzielle Unterstützung durch das Land einsetzen.

Dort, wo sich insbesondere private Träger aus der relevanten stationären Versorgung zurückziehen, muss die notwendige Versorgung abgesichert werden. Auch wenn der Sicherstellungsauftrag bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegt, wird sich das Land zur Sicherung der Krankenhauslandschaft engagieren und bei erforderlichen Rekommunalisierungen finanzielle Unterstützung leisten.

Digitale Instrumente wie Telemedizin, das telemedizinische Netzwerk TeleSAN, das Versorgungssteuerungssystem IVENA, der Telenotarzt und Gemeindenotfallsanitäter ergänzen die Versorgung. Positive Erfahrungen mit telemedizinischen Projekten werden genutzt und in der Fläche ausgerollt. Dazu gehören auch wohnortnahe Schulungsangebote zur Nutzung

digitaler Angebote für Ältere. Medizinische Angebote müssen für die Menschen erreichbar bleiben.

Die wohnortnahe Geburtshilfe ist ein unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Daseinsvorsorge. Bestehende Geburtsstationen werden gesichert, sofern die medizinische Qualität gewährleistet ist. Hebammengeführte Kreißsäle werden gezielt ausgebaut. Jede Frau soll die Wahl haben, in einem Umfeld zu gebären, das ihre Bedürfnisse und Wünsche in den Mittelpunkt stellt.

Frauen haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und darauf, über ihren Körper, ihre Familienplanung und ihr Sexualleben selbst zu entscheiden. Wir unterstützen Initiativen zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und ersetzen die Beratungspflicht durch einen Rechtsanspruch auf Beratung. Zur medizinischen Versorgung gehört eine verlässliche, wohnortnahe Versorgung im Bereich Schwangerschaftsabbrüche. Wir prüfen, wie öffentlich finanzierte Krankenhäuser mit gynäkologischer Leistungsgruppe zur Durchführung beitragen können. Schwangerschaftsabbrüche sollen Bestandteil des Lernzielkatalogs im Medizinstudium werden.

Gesundheitsprävention und Gesundheitskompetenz sind zentrale Schwerpunkte. Der Öffentliche Gesundheitsdienst wird personell, organisatorisch und digital weiter gestärkt. Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst muss auf Bundesebene fortgesetzt werden, das Land beteiligt sich angemessen an der Finanzierung.

Auf Bundesebene setzt sich die Landesregierung für eine hohe Priorisierung des Gesundheitssektors sowie für eine strukturell und finanziell gut aufgestellte Gesundheitsversorgung und -prävention ein.

Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz

Gesundheitspolitische Verantwortung endet nicht im Alltag. Schwere Unfälle, Anschläge, Krankheitsausbrüche, Cyberattacken, Klimakatastrophen sowie militärische oder hybride Konflikte stellen das Gesundheitssystem vor außergewöhnliche Anforderungen. Vorbereitung erfolgt durch die Stärkung der auch im Alltag relevanten Strukturen, nicht als Konkurrenz zur regulären Versorgung.

Ein krisenfestes Gesundheitssystem braucht klare Zuständigkeiten, vorbereitete Abläufe, ausreichende Kapazitäten und ein sinnvolles Maß an Redundanz. Gesundheitsinfrastruktur muss vorhanden sein, Finanzierung verlässlich geklärt werden. Dafür sind zusätzliche Landes- und Bundesmittel erforderlich.

Pflege menschenwürdig organisieren

Pflege ist eine der großen sozialen Fragen der kommenden Jahre. Gute Pflege braucht Zeit, Fachkräfte und verlässliche Strukturen. Sie darf nicht zur Überforderung für Pflegebedürftige und Angehörige werden. Die rechtliche Vertretung pflegender Angehöriger in Pflegeausschüssen des Landes, sowie regionalen und kommunalen Pflegegremien wird angestrebt, um deren Stimmen und Bedürfnisse zu stärken. Notwendige Investitionen in Pflegeeinrichtungen werden dort gefördert, wo die Versorgung sonst nicht gesichert wäre.

Versorgungsnetzwerke vor Ort werden gestärkt, um ein möglichst langes Leben in Selbstständigkeit und im eigenen Wohnumfeld zu ermöglichen. Quartiersansätze, wohnortnahe Unterstützungsstrukturen und organisierte Nachbarschaftshilfe sind zentrale Bausteine. Der Ausbau der spezialisierten ambulanten palliativen Versorgung wird vorangetrieben, damit Menschen am Ende ihres Lebens möglichst dort sterben können, wo sie es wollen – zuhause.

Der Pflegeheimfinder wird fortgeführt. Investitionen in die Pflege im Quartier und die Modernisierung von Pflegeeinrichtungen sichern die Versorgung vor Ort langfristig. Auf Grundlage der Demenzstrategie verbessern wir die Lebensbedingungen für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen.

Ein freiwilliger „Senioren-Check“ ab dem 65. Lebensjahr soll helfen, Einschränkungen frühzeitig zu erkennen und gezielte Präventionsmaßnahmen einzuleiten. Zur Minderung von Pflegebedürftigkeit setzen wir auf spezialisierte ambulante geriatrische Versorgung (SAGV), wohnortnah und sektorenübergreifend.

Faire Bezahlung, verlässliche Dienstpläne sowie gute Ausbildung und Fortbildung sind entscheidend für die Zukunft der Pflege. Pflege ist gesellschaftlich unverzichtbar.

Wir setzen uns im Bundesrat für eine echte Pflegereform auf Bundesebene ein. Die auskömmliche Finanzierbarkeit, Ausbildungsstandards, Qualitäts- und Begutachtungsrichtlinien sowie eine standardisierte Dokumentationsrichtlinie und Fachkräftegewinnung stehen hierbei im Fokus.

Wir setzen uns für eine Entbürokratisierung der Pflege ein, Doppelprüfungen durch MDK und Heimaufsicht sind abzuschaffen, Digitalisierung und Schnittstellen zwischen Einrichtungen, Arzt- und Therapiepraxen müssen weiter ausgebaut und verstetigt werden. Die Begutachtung durch MDK und Heimaufsicht muss besser koordiniert, praxisnäher gestaltet und auf das Wesentliche konzentriert werden mit dem Ziel, Qualität zu sichern, statt zusätzliche Belastung zu schaffen.

Die soziale Betreuung bei demenziell erkrankten Personen hat einen besonderen Stellenwert in der Versorgung. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung der Ausbildungs- und Qualitätsstandards in der Ausbildung von Betreuungsfachkräften nach §43 SGB XI ein. Es soll evaluiert werden, ob ein einjähriger Ausbildungsgang Demenzbetreuung an Pflegefachschulen etabliert werden kann.

Gesundheitsberufe

Gemeinsam mit Universitäten und ärztlicher Selbstverwaltung setzen wir Maßnahmen zur Ausbildung und langfristigen Bindung von Ärztinnen und Ärzten sowie Zahnärztinnen und Zahnärzten um. Landarzt-, Amtsarzt- und Landzahnarztquote werden fortgeführt. Studienplätze in Human- und Zahnmedizin wurden erhöht. Wir unterstützen moderne Auswahlverfahren, die dazu beitragen, dass die Abiturnote nicht allein ausschlaggebend für die Studienplatzvergabe ist, sondern auch Berufserfahrung und soziale Kompetenz berücksichtigt werden können. Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen wird konsequent ausgebaut. Ziel bleibt Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütung in allen Gesundheitsberufen. Wir setzen uns

für eine umfassende Fachkräfteoffensive für Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger ein, um die Ausbildung in der Heilerziehungspflege strukturell aufzuwerten.

Prävention und Früherkennung

Programme zur Krebsfrüherkennung und zur Suchtprävention sind für uns elementare Bausteine auf dem Weg zu einer gesünderen Bevölkerung. Ansätze zur Förderung gesunder Ernährung in Kitas, Schulen und Seniorenheimen, Angebote der Landesvereinigung für Gesundheit sowie präventive Formate wie die Herzwoche werden weitergeführt. Gesundheitsförderung und Gesundheitskompetenz in Schulen werden ausgebaut. Das Nichtraucherschutzgesetz wird auf Grundlage der Evaluierung novelliert. Niedrigschwellige Prävention bei HIV und sexuell übertragbaren Erkrankungen wird auskömmlich abgesichert.

Psychische Gesundheit ernst nehmen

Psychische Erkrankungen nehmen zu. Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung. Dazu werden wir Prävention, Beratung und Versorgung ausbauen. Gemeindepsychiatrische Verbünde werden gestärkt. Wartezeiten sind zu verkürzen, Übergänge zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zu verbessern. Tagesklinische, ambulante und aufsuchende Strukturen werden ausgebaut. Besondere Belastungen queerer Menschen durch Diskriminierung werden durch passgenaue Beratungsangebote berücksichtigt.

Soziale Sicherheit im Alltag

Soziale Sicherungssysteme sollen unterstützen, nicht stigmatisieren. Hilfe muss schnell und unbürokratisch erreichbar sein. Armutsbekämpfung bleibt eine zentrale Aufgabe, insbesondere mit Blick auf Kinder- und Altersarmut. Frauen sind dabei aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien, Teilzeit und unbezahlter Sorgearbeit überdurchschnittlich betroffen. Soziale Sicherungssysteme müssen diese strukturellen Risiken ausgleichen. Soziale Beratungsangebote, einschließlich Schuldner-, Insolvenz-, Sucht- sowie Schwangerschafts- und Familienberatung, werden landesweit gestärkt und besser vernetzt. Die Tafeln helfen Lebensmittel zu retten, Menschen in Armutslagen zu unterstützen und den Zusammenhalt zu stärken. Ihre wichtige Arbeit wollen wir weiter unterstützen.

Zum Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit gehört ein diskriminierungsfreier Zugang zu Verhütungsmitteln. Menstruationsprodukte sollen in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen und öffentlichen Gebäuden kostenfrei zur Verfügung stehen.

Seniorinnen und Senioren

Seniorinnen und Senioren kommt in der Gestaltung der konkreten Lebensverhältnisse in unserer älter werdenden Gesellschaft eine zunehmend wichtige Rolle zu. Ihre Lebensleistung verdient Anerkennung. Politische, soziale, kulturelle und berufliche Teilhabe, aber auch ehrenamtliches Engagement sind wichtige Handlungsfelder, um ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wohnortnahe Orte der Begegnung wie Mehrgenerationenhäuser, Seniorentreffs oder Alten- und Servicezentren sind dabei unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur. Die Förderung der Landessenorenvertretung wird verstetigt mit dem Ziel, die

kommunalen Seniorenbeiräte nachhaltig zu unterstützen und die Erwartungen älterer Menschen auf Landesebene ressortübergreifend fachlich einzubringen.

Inklusion und Teilhabe sichern

Inklusion ist Maßstab sozialer Politik. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt auf allen gesellschaftlichen Ebenen leben und teilhaben können. Barrierefreiheit, Assistenzangebote und inklusive Strukturen werden weiter ausgebaut. Unterstützungsangebote müssen wohnortnah erreichbar sein. Wir setzen uns für ein regelmäßig tagendes Behindertenparlament ein. Das Gehörlosengeld wird angehoben, Leistungen für Gebärdensprachdolmetschen werden erweitert und besser finanziert.

Integration, Zusammenhalt und Engagement

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht durch Unterstützung und Beteiligung. Integration ist eine Querschnittsaufgabe von Bildung, Arbeit, Gesundheit und sozialer Teilhabe. Wohlfahrtsverbände, Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche leisten einen unverzichtbaren Beitrag und brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

Ländlichen Raum mitdenken

Gesundheits- und Sozialpolitik muss überall funktionieren. Mobile Angebote, regionale Versorgungszentren, neue Kooperationsformen und digitale Unterstützung sichern Versorgung auch im ländlichen Raum. Gleichwertige Lebensverhältnisse bleiben Leitlinie staatlichen Handelns.

Soziale Politik als gemeinsame Verantwortung

Gesundheit und soziale Sicherheit sind Gemeinschaftsaufgaben. Sie gelingen im Zusammenspiel von Land, Kommunen, Trägern, Fachkräften und Zivilgesellschaft. Das Land übernimmt Verantwortung für klare Strukturen, verlässliche Finanzierung und politische Priorität. Mit der Neuordnung der Gesundheits- und Sozialverwaltung werden wir das Verwaltungshandeln deutlich vereinfachen und die Antragsbearbeitung verkürzen. Wir stellen ausreichend finanzielle Mittel für die Digitalisierung der Sozialverwaltung zur Verfügung.

Gesund bleiben und sicher leben zu können, ist Voraussetzung für Vertrauen in den Staat und für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen-Anhalt.

Verbraucherschutz

Die flächendeckende, qualitätssichere und fachlich versierte persönliche Beratung der Verbraucherschutzzentralen wird durch mobile Angebote insb. für Ältere gestärkt. Themenschwerpunkte bleiben Fragen der Energiewende, Finanzdienstleistungen und Altersvorsorge, Patientenrechte und Schutz persönlicher Daten sowie Lebensmittelkennzeichnung.

Solidarische Finanzierung

Die Finanzierung sozialer Sicherheit darf nicht einseitig auf Arbeit lasten. Sachsen-Anhalt setzt sich auf Bundesebene für eine stärkere Beteiligung sehr hoher Kapitalerträge und großer Vermögensübertragungen im Sinne des Leistungsfähigkeitsprinzips ein.

Gleichstellung. Freiheit. Selbstbestimmung.

Gleichstellung ist kein Randthema. Sie ist Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und sozialen Zusammenhalt. Ein Land, das Frauen nicht schützt, nicht beteiligt und nicht gleichstellt, verschenkt Potenziale, schwächt seine Demokratie und handelt ungerecht.

Lernen. Wissen. Zukunft.

Wie Bildung in Sachsen-Anhalt Chancen eröffnet: früh, verlässlich und über das ganze Leben hinweg.

Bildung entscheidet darüber, wie sich ein Land entwickelt: Die SPD steht für ein Bildungssystem, in dem jedes Kind, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Begabung, Behinderung, finanziellem Status oder Sprache, die gleichen Chancen erhält. Sie bestimmt, ob junge Menschen ihre Talente entfalten können, ob Fachkräfte gewonnen werden und ob gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt. Gute Bildung ist kein Selbstläufer. Sie braucht Zeit, Personal, verlässliche Strukturen und politische Priorität.

Sachsen-Anhalt steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Unterschiedliche Startbedingungen, lange Wege, Fachkräftemangel und eine älter werdende Gesellschaft prägen das Bildungssystem. Gleichzeitig verändern Digitalisierung, Transformation und neue berufliche Anforderungen das Lernen in allen Lebensphasen. Diese Entwicklungen verlangen keine kurzfristigen Antworten, sondern eine klare bildungspolitische Linie.

Ein leistungsfähiges Bildungssystem erkennt Unterschiede an, gleicht sie aus und eröffnet zweite und dritte Chancen. Es verbindet frühe Förderung mit guter Schule, berufliche Bildung mit akademischen Wegen und lebenslanges Lernen mit gesellschaftlicher Teilhabe. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik – und eine zentrale staatliche Verantwortung.

Früh beginnen: Bildung von Anfang an

Bildung beginnt vor der Schule. Frühkindliche Förderung legt die Grundlage für Sprachkompetenz, soziale Entwicklung und späteren Lernerfolg. Der Übergang von der Kita in die Grundschule wird gemeinsam gestaltet. Verbindliche Kooperationen zwischen Kitas und Grundschulen, frühere und koordinierte Schuleingangsuntersuchungen sowie eine stärkere Sprachförderung helfen, Unterstützungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen.

Qualität in der frühkindlichen Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften bleibt eine zentrale Aufgabe.

Gute Schule für alle

Guter Unterricht ist der Kern von Schule. Verlässliche Unterrichtsversorgung ist Voraussetzung für Lernerfolg und Chancengerechtigkeit. Unterrichtsausfall darf nicht zur Normalität werden. Schulen brauchen Planungssicherheit, ausreichende Personalausstattung und pädagogische Spielräume. Deshalb braucht es ein umfassendes Programm zur Absicherung der Unterrichtsversorgung. Die Grundschule vermittelt wichtige Kernkompetenzen: Lesen, Schreiben, Rechnen und sozial-emotionale Entwicklung. Rechnen, Lesen und Vorlesen brauchen mehr Zeit im Stundenplan, ebenso wie Üben und Wiederholen. Unsere Grundschulen brauchen, je nach Situation, mehr Angebote zum Erlernen der Erst- und Zweitsprache.

Ziel ist eine Schulstruktur, die alle Schulabschlüsse überall und für alle zugänglich macht. Mittelfristig streben wir ein System mit zwei weiterführenden Schulformen an: Gymnasium und Gemeinschaftsschule.

Schulstandorte im ländlichen Raum werden erhalten und weiterentwickelt. Flexible Modelle und schulbezogene Lösungen ermöglichen Bildung auch dort, wo Schülerzahlen sinken. Wir legen ein Landesschulbauprogramm auf, das unsere Schulen barrierefrei und fit für die Zukunft macht. Für heißer werdende Sommer braucht es Beschattung und Kühlung sowohl in den Lehr- und Unterrichtsräumen als auch auf den Schulhöfen und Sporthallen. Wir wollen moderne Schulen mit neuen Raumkonzepten für Lernen und Lehren sowie für Zusammensein und Rückzug.

Lehrkräfte stärken, Schule entlasten

Sachsen-Anhalt hält an der universitären Ausbildung aller Lehrämter mit den aktuellen Wahlmöglichkeiten auf 1.200 Studienplätzen fest. Das duale Studium und die Praxisanteile in der Lehramtsausbildung werden ausgebaut, der Vorbereitungsdienst weiterentwickelt.

Seiteneinsteigende werden qualifiziert begleitet und fair bezahlt, einschließlich der Möglichkeit des Bewährungsaufstiegs. Die Qualifizierung zu Beratungslehrkräften wird neu gestartet. Fort- und Weiterbildungen, Zusatzqualifikationen und Berufserfahrung werden anerkannt. Ältere Lehrkräfte sollen wieder Ermäßigungsstunden erhalten.

Für den Lernerfolg unserer Kinder und Jugendlichen setzen wir auf multiprofessionelle Teams: Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, (förder-)pädagogische Fachkräfte sowie Fachkräfte für Verwaltung und digitale Ausstattung. Bei einem Wegfall der EU-Mittel wird ab 01.08.2028 Schulsozialarbeit mit ihren Netzwerkstrukturen dauerhaft über Landesmittel finanziert. Schulsozialarbeit soll weiterhin eine unabhängig von Schule agierende Beratungs- und Vermittlungsinstanz für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern unter dem Dach der freien Träger bleiben. Wir erkennen die Belastung der Lehrkräfte durch Unterricht, Vor- und Nachbereitung sowie Arbeit mit den Eltern und Behörden an und setzen uns für die Einführung eines fairen Arbeitszeitmodells ein. Schulsozialarbeit wird dauerhaft über Landesmittel abgesichert. Das aktuelle Finanzierungsniveau der Schulsozialarbeit wird deutlich ausgebaut.

Respekt vor der Arbeit heißt auch Erfassung von Arbeitszeit. Ein Modellprojekt zur Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften macht die zeitlichen Belastungen durch Unterricht, Vor- und Nachbereitung sichtbar.

Digitalisierung sinnvoll einsetzen

Digitalisierung unterstützt Lernen und Organisation, ersetzt aber keine pädagogische Beziehung. Digitale Lernmittel, Medienbildung und barrierefreie Systeme werden weiter ausgebaut. Medienbildung erhält in allen Fächern einen festen Stellenwert. Digitale Werkzeuge sollen Lehrkräfte entlasten, individuelle Förderung ermöglichen und Bildungsbiografien besser begleiten. Datenschutz, pädagogische Qualität und Zugänglichkeit bleiben Maßstab.

Wir unterstützen einen stärker regulierten Zugang zu Social-Media-Angeboten für Kinder und Jugendliche. Ziel ist ein altersdifferenziertes Modell mit klaren Schutzstufen und verbindlichen Plattformregeln

Chancengerechtigkeit und Inklusion

Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängen. Die fokussierte Schullaufbahnempfehlung kann Eltern eine zusätzliche Orientierung bieten. Der Elternwille bleibt bestehen. Eltern erhalten auch weiterhin eine Beratung und Empfehlung über die weitere Schullaufbahn ihres Kindes am Ende der Grundschulzeit. Der Elternwille bleibt bestehen. Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen erhalten gezielte sachliche und personelle Unterstützung. In diesem Zusammenhang unterstützen wir Kooperationsprojekte zwischen Grundschule und weiterführender Schule. Lernmittelfreiheit – auch für digitale Endgeräte – sorgt für gleiche Voraussetzungen.

Inklusion ist Maßstab schulischer Entwicklung. Eltern von Kindern mit Förderbedarf erhalten vor der Einschulung eine unabhängige Beratung über die Möglichkeiten des gemeinsamen Unterrichts. Ziel ist es, gemeinsames Lernen zu ermöglichen, nicht zu verhindern.

Gemeinsames Lernen wird durch zusätzliche Lehrerstunden, Förderpädagogik, Assistenz und Beratung gestärkt. Plätze für junge Menschen im Gemeinsamen Unterricht zählen doppelt. Förderschulen in den Regionen werden besonderen Bedarfen gerecht und weiterentwickelt. Für die Förderschulen wollen wir die Kooperationsklassen für das Erreichen des Ersten Schulabschlusses wie auch den Erwerb des Ersten Schulabschlusses an der Förderschule ausbauen. Förderschulen bleiben dort erhalten, wo sie besonderen Bedarfen gerecht werden, und werden weiterentwickelt. Sie sollen verbindlich Ganztagsangebote vorhalten. Für Jugendliche mit Behinderungen werden über den Betreuungsanspruch nach KiföG hinaus Ganztagsangebote benötigt. Ziel ist Teilhabe für alle – unabhängig vom Wohnort.

Unsere Schullandschaft braucht Vielfalt

Freie Schulen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten bereichern die Schullandschaft. Ihre Finanzierung wird partnerschaftlich vereinfacht und von übermäßigen Berichtspflichten und Verwaltung entlastet.

Öffentliche Schulen erhalten mehr Freiraum für eigenverantwortliche pädagogische Entwicklung. Schulleitungen bekommen dafür neben einem eigenen Budget die Rückendeckung des Landes sowie Angebote zur Begleitung und Qualifizierung.

Demokratie lernen und leben

Bildungseinrichtungen sind Orte gelebter Demokratie. Mitbestimmung, Lernen durch Engagement, sowie Selbstwirksamkeitserfahrungen, politische Bildung und historisches Lernen werden gestärkt. Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, politische Bildung und historisches Lernen werden gestärkt. Lehrkräfte werden unterstützt, wenn sie Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und Extremismus zeigen. Gedenkstättenarbeit und politische Bildung bleiben verlässlich finanziert. Die Landeszentrale für politische Bildung wird personell und finanziell abgesichert und aufgestockt.

Gute Schule braucht Evaluation

Ein langfristiges Bildungsmonitoring zur Erhebung vergleichbarer Daten wird eingeführt. Wir wollen die Unterrichtsqualität und die Leistungsdaten unserer Schülerinnen und Schüler regelmäßig beginnend mit der Grundschule ermitteln und vergleichen. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in gezielte Unterstützungsangebote für Schulen ein. Verwaltungsstrukturen werden gebündelt und konzentriert.

Übergänge sichern: Schule, Ausbildung, Beruf

Der Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf ist eine entscheidende Phase. Berufs- und Studienorientierung wird an allen Schulformen ausgebaut. Praktika, Kooperationen mit Betrieben und Programme zur Berufsorientierung unterstützen Jugendliche bei der Berufsfindung.

Der Zugang von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern ohne Abschluss in Ausbildung wird verbessert. Praxisorientierte Alternativen zum berufsvorbereitenden Jahr werden ausgebaut. Das Produktive Lernen als besonderes Schulangebot ist ein etablierter und erfolgreicher Weg zu einem praxisorientierten Schulabschluss. Wir wollen dieses Angebot verlässlich fortführen.

Berufliche Bildung braucht feste Strukturen. Das Netz der berufsbildenden Schulen wird gesichert. Berufliche Bildung ist gleichwertig mit akademischer Bildung. Ausbildungsgänge werden gesichert, Mobilität unterstützt und neue Zugänge für Jugendliche ohne Abschluss eröffnet. Meister- und Fortbildungswege, bis hin zur Betriebs- und Unternehmensübernahme, bleiben zentral für die Fachkräftesicherung.

Schule vermittelt mehr als reinen Schulstoff. Die eingeführten Kurse der Blaulichtorganisationen werden fortgeführt. Jede und jeder soll wissen, wie in medizinischen Notfällen oder anderen Gefahrensituationen zu handeln ist.

Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen ist Voraussetzung für Teilhabe und berufliche Entwicklung. Erwachsenenbildung, Grundbildung und Alphabetisierung werden verlässlich finanziert und besser sichtbar gemacht. Bildungsangebote müssen barrierefrei erreichbar, bezahlbar und anschlussfähig sein – auch im ländlichen Raum. Wir wollen das Kompetenzzentrum Inklusive Bildung an der Hochschule Magdeburg-Stendal weiterfinanzieren.

Hochschulen und Wissenschaft

Studiengebühren lehnt die SPD ab. Studierendenwerke werden gestärkt, um bezahlbares Wohnen, Beratung und soziale Infrastruktur zu sichern. Hochschulen bleiben offene Orte, die Bildung, Forschung und Transfer in die Gesellschaft verbinden.

Wir sehen ausländische Studierende als Bereicherung für unsere Bildungslandschaft. Sachsen-Anhalt wird auch weiter ein attraktiver Lernort für ausländische Studierende bleiben. Wir setzen uns gegen einseitige finanzielle Belastung ausländischer Studierender ein.

Sachsen-Anhalt steht zu seiner vielfältigen Hochschullandschaft. Hochschulen sind Orte von Bildung, Forschung, Innovation und gesellschaftlicher Debatte. Ihre Autonomie in Forschung und Lehre ist Grundlage wissenschaftlicher Qualität. Wir bekennen uns klar zur Exzellenzinitiative. Der Exzellenzcluster an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zeigt, dass Spitzenforschung in Sachsen-Anhalt möglich ist.

Verlässliche Hochschulverträge, auskömmliche Grundfinanzierung und klare Perspektiven für Beschäftigte schaffen Stabilität. Programme zur Förderung von Forschung, Innovation, Transfer und wissenschaftlichem Nachwuchs werden fortgeführt und weiterentwickelt. Wissenschaftliche Karrieren sollen planbar sein, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung gehören dazu.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates werden aufgegriffen. Der Auf- und Ausbau unbefristeter Professuren mit (Teil-)Denomination in der Geschlechterforschung wird gestärkt. Das schließt die bislang drittmittelfinanzierte Professur für geschlechtersensible Medizin an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ein.

Bildung als gemeinsame Verantwortung

Bildungspolitik gelingt nur gemeinsam – mit Lehrkräften, pädagogischem Personal, Eltern, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft. Das Land übernimmt Verantwortung für verlässliche Rahmenbedingungen und klare Prioritäten.

Lernen, Wissen und Zukunft gehören zusammen. Bildung ist der Schlüssel dafür, dass Sachsen-Anhalt ein Land bleibt, in dem Menschen Chancen finden, Verantwortung übernehmen und ihre Zukunft gestalten können.

Bildungsgerechtigkeit kennt keine Ländergrenzen

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für gleiche Bildungschancen – unabhängig vom Wohnort. Noch immer unterscheiden sich Schulgesetze, Lehrpläne, Stundentafeln und Prüfungsanforderungen teils erheblich zwischen den Bundesländern. Für Familien mit beruflich bedingten Umzügen bedeutet dies Unsicherheit. Für Schülerinnen und Schüler kann es Brüche in der Bildungsbiografie bedeuten. Für Betriebe und Hochschulen erschwert es die Vergleichbarkeit von Abschlüssen.

Bildungserfolg darf nicht davon abhängen, in welchem Bundesland ein Kind aufwächst. Gleiche Chancen sind für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Kern unseres politischen Handelns. Wir fordern eine Initiative der Kultusministerkonferenz,

Lehrpläne und Prüfungsstandards so anzupassen, dass Abschlüsse vergleichbar werden und die föderalen Strukturen unseres Landes nicht zur Bildungsfalle werden.

Natur, Klima, Verantwortung für morgen.

Wie Klimaschutz, Naturschutz und Lebensqualität zusammengehören – sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und demokratisch getragen.

Klima- und Umweltschutz betreffen die Grundlagen unseres Lebens, unsere Gesundheit, unsere Wirtschaft und die Verantwortung über Generationen hinweg. Sachsen-Anhalt ist geprägt von vielfältigen Landschaften – von Flüssen und Auen, Wäldern, Mooren und Kulturlandschaften. Diese Vielfalt ist ökologischer Reichtum und Teil unserer Identität.

Klimapolitik entscheidet darüber, ob diese Lebensgrundlagen erhalten bleiben und wie gerecht der notwendige Wandel gestaltet wird. Klimaschutz gelingt nur, wenn er sozial ausgewogen ist, wirtschaftliche Perspektiven eröffnet und demokratisch legitimiert wird. Die Menschen erwarten ambitionierte Maßnahmen, zugleich aber Fairness, Transparenz und Verlässlichkeit.

Für die SPD Sachsen-Anhalt gilt: Umwelt- und Klimaschutz sind Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt. Sie stehen nicht im Gegensatz zu Industrie, Arbeit oder ländlichem Raum, sondern bilden deren Grundlage.

Klimaschutz

Sachsen-Anhalt braucht einen klaren und verbindlichen Rahmen für den Klimaschutz. Ein Klimaschutzgesetz schafft Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit der Ziele sowie Transparenz über Zuständigkeiten und Fortschritte. Darin festgelegt werden Reduktionspfade für Treibhausemissionen, die Orientierung und Planungssicherheit für Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft geben. Dabei muss Klimaschutz sozial gerecht ausgestattet werden. Belastungen dürfen nicht einseitig Haushalte mit geringem Einkommen treffen. Den Ressortplan KLIMA werden wir in der kommenden Legislatur weiterverfolgen.

Klimaanpassung

Klimaanpassung gewinnt an Bedeutung. Hitzeperioden, Starkregen und Trockenheit betreffen Städte ebenso wie den ländlichen Raum. Ein landesweites Monitoring klimatischer Veränderungen, öffentlich zugängliche Daten und vorausschauende Planung helfen bereits, Risiken frühzeitig zu erkennen und Schäden zu begrenzen. Zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen setzen wir uns dafür ein, schrittweise einen Klimafonds aufzubauen.

Natürlicher Klimaschutz und Landschaftspflege

Natürlicher Klimaschutz ist ein zentraler Baustein. Moore, Auen und Wälder binden CO₂, regulieren den Wasserhaushalt und stärken die biologische Vielfalt.

Durch Projekte zur Wiedervernässung von Mooren und Moorböden, die kooperativ und freiwillig gemeinsam mit Eigentümerinnen und Bewirtschaftern erfolgten, haben wir bereits einen wichtigen Grundstein gelegt. Die notwendigen finanziellen Mittel werden ausreichend zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren wurden Auenlandschaften renaturiert und gepflegt, Wiederaufforstung wird klimastabil und regionalspezifisch umgesetzt. Diese Ziele wollen wir weiterhin verfolgen.

Lokale Pflanzaktionen, bürgerschaftliches Engagement und die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz wollen wir weiterhin gezielt unterstützen. Denn Naturschutz gelingt dauerhaft nur im Dialog, nicht gegen die Menschen vor Ort.

Wasser als Lebensgrundlage

Wasser ist ein Schlüsselfaktor für Umwelt, Landwirtschaft, Industrie und Trinkwasserversorgung. Der Wasserrückhalt in der Fläche wird weiter ausgebaut – durch Versickerung, Schwammstadtkonzepte, die Sanierung von Stauanlagen und eine auskömmliche Finanzierung der Unterhaltungsverbände.

Die Sicherstellung einer bezahlbaren öffentlichen Wasserversorgung hat hohe Priorität. Die wasserwirtschaftliche Infrastruktur wird weiterentwickelt, moderne Kläranlagen werden ausgebaut und bei Bedarf um zusätzliche Reinigungsstufen ergänzt. Ein kosteneffizientes Monitoring von Einleitungen stärkt den Schutz von Oberflächen- und Grundwasser.

Nachhaltige Grundwasserbewirtschaftung, Schutz vor Verunreinigungen und eine verlässliche öffentliche Wasserversorgung haben Vorrang. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie wird beschleunigt und organisatorisch abgesichert.

Natur- und Biodiversitätsschutz

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist Voraussetzung für stabile Ökosysteme. Die Umsetzung europäischer Vorgaben erfolgt kooperativ gemeinsam mit Landwirtschaft, Naturschutzverbänden und Kommunen. Dabei steht insbesondere die Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung im Fokus. Ziel ist es, ökologische Verbesserungen mit tragfähigen Lösungen für Bewirtschaftung und regionale Entwicklung zu verbinden.

Biotopverbünde, Blühstreifen, Streuobstwiesen, Feldgehölze und naturnahe Flächen werden dort gefördert, wo sie Wirkung entfalten. Naturschutzgerechte Landwirtschaft und Artenschutz werden zusammengedacht. Umweltbildung in Schulen, Kitas, Vereinen und Initiativen stärkt das Verständnis für ökologische Zusammenhänge und fördert Verantwortung von klein auf.

Hochwasserschutz und Vorsorge

Hochwasserschutz ist aktiver Bevölkerungsschutz. Die Sanierung und Sicherung der Deiche wird abgeschlossen. Retentionsräume und Rückhalteflächen werden geschaffen oder reaktiviert. Frühwarnsysteme, moderne Pegeltechnik sowie aktuelle Hochwasser- und Starkregenkarten stärken die Vorsorge in den Kommunen.

Auenlandschaften übernehmen dabei eine doppelte Funktion: Sie schützen vor Hochwasser und stärken die ökologische Vielfalt. Die Starkregenvorsorge wird systematisch weiterentwickelt und finanziell abgesichert.

Hitzeschutz und Wärmemanagement

Längere Hitzeperioden erleben wir unmittelbar. Klimatisierung in öffentlichen Einrichtungen wird zunehmend notwendig und ist sehr teuer. Die zunehmende Zahl an Hitzetoten schafft hier unmittelbaren Handlungsbedarf. Die Auswahl hellerer Oberflächen an Gebäuden und auf Plätzen ist gegenüber dunkleren oft ohne Mehrkosten möglich und sehr effektiv. Wir wollen bauliche Maßnahmen fördern.

Nachhaltige Nutzung von Ressourcen

Der Umgang mit Rohstoffen entscheidet über ökologische und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Kreislaufwirtschaft, Reparatur, Wiederverwendung und innovative Recyclingtechnologien werden weiter ausgebaut. Bestehende Instrumente wie Reparaturangebote oder Baustoffbörsen werden gestärkt, Forschung und innovative Projekte gezielt unterstützt.

Beim Rohstoffabbau gelten klare Regeln: Schutz hochwertiger Böden, Rücksicht auf Landschaft und Umwelt sowie verbindliche Vorgaben in der Regionalplanung. Nachhaltige Nutzung und technologische Innovation stehen im Vordergrund.

Kommunen stärken

Kommunen sind zentrale Akteure im Klima- und Umweltschutz. Wir wollen diese fachlich und finanziell bei Klimaschutz- und Klimamanagement, kommunaler Wärmeplanung, Hitzeaktionsplänen, dem Schutz innerörtlicher Grünflächen sowie Luftreinhalte- und Lärmschutzplänen unterstützen. Für uns hat Flächenrecycling Vorrang vor weiterer Versiegelung. Ebenfalls wollen wir digitale Planungsgrundlagen initiieren, um Vorsorge wirksam umzusetzen.

Umweltpolitik als Gemeinschaftsaufgabe

Umwelt- und Klimaschutz gelingen nur gemeinsam. Sie verbinden staatliche Verantwortung, kommunales Handeln, wirtschaftliche Innovation und bürgerschaftliches Engagement. Ziel ist ein Sachsen-Anhalt, das seine natürlichen Grundlagen schützt, wirtschaftlich stark bleibt und soziale Gerechtigkeit wahrt.

Als Land kommen wir unserer Verantwortung nach, machen unsere Liegenschaften klimaneutral und installieren wo immer möglich Photovoltaikanlagen.

Verantwortung für Mensch und Natur ist kein Gegeneinander, sondern eine gemeinsame Aufgabe – heute und für kommende Generationen.

Attraktiv durch gute Kinder- und Jugendpolitik

Wie Kinder, Jugendliche und Familien in Sachsen-Anhalt gut leben, sich beteiligen und Perspektiven entwickeln können.

Ein Land, das Zukunft haben will, muss für Kinder und Jugendliche attraktiv sein. Sie entscheiden, ob sie bleiben oder anderswo ihre Perspektive sehen. Gute Kinder- und Jugendpolitik ist deshalb kein Randthema, sondern ein zentraler Standortfaktor – gerade in einem Land, das vom demografischen Wandel besonders betroffen ist.

Kinder und Jugendliche brauchen sichere Räume, verlässliche Unterstützung und echte Beteiligung. Sie wollen mitreden, mitgestalten und ernst genommen werden – in der Schule, im Verein, im Dorf und in der Stadt. Politik für junge Menschen gelingt dort, wo Teilhabe möglich wird, und Alltag funktioniert. Bedarfen für spezifische Beratung von queeren Jugendlichen tragen wir durch die Förderung entsprechender Beratungsstellen Rechnung.

Wir werden mit den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit einen verbindlichen Jugendförderplan erarbeiten. Dieser soll unter anderem Mindeststandards für Angebote des Landes definieren und die Förderung vereinfachen.

Beteiligung ernst nehmen

Junge Menschen sollen ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten können. Beteiligung ist kein freiwilliges Extra, sondern Voraussetzung für demokratisches Lernen. Deshalb soll Jugendbeteiligung zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.

Jugendgremien, z.B. Jugendbeiräte, geben Jugendlichen politisches Gehör, Jugendbudgets eröffnen reale Gestaltungsspielräume. Diese Instrumente werden enger miteinander verknüpft. Kommunen, die Jugendgremien einrichten, erhalten gezielte Unterstützung, um Jugendbudgets bereitzustellen und Angebote von und für Jugendliche zu ermöglichen. Das Modellprojekt des Queeren Jugendbudgets wird ausgebaut und verstetigt.

Jugendverbände sind unverzichtbare Akteure demokratischer Beteiligung. Sie müssen auf Landes- und kommunaler Ebene so ausgestattet werden, dass sie die Interessen junger Menschen wirksam vertreten können. Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. wird auskömmlich finanziert und dessen Arbeit weiter gestärkt. Ebenso wird das Jugendpolitische Programm als ressortübergreifendes Instrument verbindlicher Jugendpolitik weiterentwickelt.

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 stärkt politische Teilhabe und demokratische Verantwortung junger Menschen. Deshalb setzen wir uns dafür ein.

Jugendverbände und Jugendarbeit stärken

Jugendarbeit schafft Räume, in denen junge Menschen sich ausprobieren, Verantwortung übernehmen und Selbstwirksamkeit erfahren. Diese Orte dürfen kein Privileg der Großstädte sein.

Kreis-Kinder- und Jugendringe werden finanziell und personell besser ausgestattet, um Qualifizierung, Koordination und Vernetzung vor Ort zu sichern. Jugendliche sollen über eigene Budgets verfügen, um Projekte eigenständig umzusetzen.

Pädagogisch begleitete Freiräume, Jugendclubs und selbstorganisierte Räume wie das bisherige Modellprojekt Queer*Spaces werden weiter gestärkt. Mit Mitteln aus dem Sondervermögen des Bundes konnten mehr als 15 Mio. Euro für die Instandsetzung von Jugendclubs mobilisiert werden. Diese Mittel müssen jetzt umgesetzt werden. Jugendbegegnungsorte sollen digital anschlussfähig sein, attraktive und bezahlbare Freizeit- und Kulturangebote bieten – auch abends und jenseits der Städte. Digitale Jugendarbeit auf der Grundlage der Digitalen Agenda trägt zur Attraktivität unseres Landes bei und wird ausgebaut.

Internationale Jugendarbeit eröffnet neue Perspektiven für junge Menschen in einem europäischen und weltoffenen Sachsen-Anhalt. Zusammen mit den Trägern der Jugendarbeit werden wir die Förderbedingungen verbessern und neue Formate einführen, damit mehr junge Menschen am internationalen Austausch teilnehmen.

Mobilität ermöglicht Teilhabe

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe – besonders im ländlichen Raum. Kinder und Jugendliche müssen selbstständig, sicher, barrierefrei und bezahlbar unterwegs sein können.

Ein Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler verbessert die Mobilität im Alltag. Jugendliche sollen in die Planung des ÖPNV eingebunden werden, damit Taktung und Verbindungen ihren Lebensrealitäten entsprechen. Ergänzend werden moderne Ruf- und Nachtbusssysteme ausgebaut.

Sichere und gut ausgebaute Radwege bleiben gerade für junge Menschen ohne Führerschein unverzichtbar.

Starke Familien – starkes Land

Familien sind vielfältig. Alleinerziehende, Patchwork-, Regenbogen- und Pflegefamilien gehören selbstverständlich dazu. Familienpolitik muss diese Vielfalt berücksichtigen und auf unterschiedliche Lebenslagen reagieren. Deshalb unterstützt Sachsen-Anhalt eine Bundesratsinitiative zum Abbau der Diskriminierung von Regenbogenfamilien und queeren Personen.

Gesellschaftliche Veränderungen wirken in Familien oft besonders stark: finanzielle Belastungen, veränderte Mediennutzung, brüchige soziale Netzwerke. Wir lassen Familien damit nicht allein. Beratungsangebote sollen gebündelt und zu Familienberatungszentren weiterentwickelt werden, um Hilfe aus einer Hand zu ermöglichen. Perspektivisch gehört dazu eine digitale, barrierefreie Plattform zur Beantragung zentraler Familien- und Sozialleistungen.

Frühe Hilfen und Prävention stärken

Die Frühen Hilfen sind ein zentraler Baustein präventiver Familienpolitik. Sie begleiten Familien von Anfang an, entlasten in Überforderungssituationen und tragen dazu bei, Kindeswohlgefährdungen zu verhindern. Diese Arbeit werden wir weiter stärken.

Familiensozialarbeit und Familienbildung werden ausgebaut. Frühe Prävention hilft, individuelle Belastungen abzufedern und langfristig steigende Kosten in der Jugendhilfe zu begrenzen. Wir werden ehrenamtliche Vormundschaften stärken, dazu werden wir die Fachstelle weiterentwickeln.

Um die Entwicklung von Jungen und jungen Männern im Land zu verbessern, werden wir die Jungenarbeit im Land strukturell stärken.

Zur Entlastung der Jugendämter wird landesweit über Angebote der Kinder- und Jugendhilfe informiert.

Im Bereich der Kriminalprävention ermöglichen wir die Einrichtung von Häusern des Jugendrechts, in denen Delikte minderjähriger Beschuldigter durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe gemeinsam bearbeitet werden.

Kinderarmut bekämpfen

Kinderarmut bleibt die größte Gefahr für ein gutes Aufwachsen. Jedes siebte Kind wächst derzeit in Armut auf. Damit findet sich die SPD Sachsen-Anhalt nicht ab.

Armutsrisiken werden in allen relevanten Handlungsfeldern bekämpft. Eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung, die Leistungen bündelt, vereinfacht und existenzsichernd wirkt, bleibt unser zentrales Ziel. Dafür soll eine Bundesratsinitiative ergriffen werden.

Gute Arbeit der Eltern bleibt der wirksamste Schutz vor Kinderarmut. Ein zukunftsfestes Kita-Netz und verlässliche Ganztagsbetreuung unterstützen Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich im Landtag für ein kostenloses, gesundes und warmes Mittagessen für alle Kinder und Jugendliche in KiTa und Schule ein, um sicherzustellen, dass alle Kinder und Jugendliche Zugang zu einer ordentlichen Mahlzeit am Tag haben.

Gute Bildung und Betreuung von Anfang an

Sachsen-Anhalt verfügt über ein flächendeckendes Kita-Netz mit qualifizierten Fachkräften, langen Öffnungszeiten und einem verbindlichen Bildungsprogramm. Diese Stärke soll erhalten bleiben – auch bei sinkenden Kinderzahlen.

Mit Kita STABIL werden zusätzliche Personalmittel bereitgestellt, um Fachkräfte zu entlasten und das Kita-Netz insbesondere im ländlichen Raum zu sichern. Wir werden dieses Programm auch über 2028 hinaus fortsetzen. Der Rechtsanspruch auf bis zu zehn Stunden Betreuung von Geburt bis zum 14. Lebensjahr ist nicht verhandelbar.

Berufstätige Eltern brauchen bedarfsgerechte Öffnungszeiten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels werden Kitas mit flexiblen Öffnungszeiten auch in Randzeiten benötigt. Deren Ausbau unterstützen wir.

Der tatsächliche Personalschlüssel in der Arbeit mit den Kindern wird schrittweise verbessert. Kitas mit besonderen sozialen Herausforderungen erhalten zusätzliche Unterstützung. Sprachbildung bleibt eine zentrale Aufgabe frühkindlicher Bildung und erfordert multiprofessionelle Teams.

Bildung soll kostenfrei sein. Kurzfristig wird die Entlastung von Eltern mit mehreren Kindern gesichert. Beitragsfreiheit bleibt unser Ziel. Wir bringen ein Investitionsprogramm für Kita-Sanierung auf den Weg.

Übergänge gut gestalten

Bildungsbiografien sollen ohne Brüche verlaufen. Der Übergang von der Kita zur Grundschule wird verbindlich gemeinsam gestaltet. Kitas und Grundschulen arbeiten auf Augenhöhe zusammen und werden dabei unterstützt.

Sachsen-Anhalt erfüllt den bundesweiten Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter bereits heute durch das Zusammenspiel von Grundschule und Hort. Eltern können sich darauf verlassen. Horte ergänzen schulisches Lernen durch Freizeit-, Bildungs- und Betreuungsangebotebezahlbar Die Kooperation von Grundschulen und Horten wird weiter gestärkt.

Wo Grundschulen sich zu Ganztagschulen weiterentwickeln wollen, unterstützen wir das. Der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung, auf den berufstätige Eltern angewiesen sind, darf dabei nicht eingeschränkt werden.

Sicherheit schaffen. Rechtsstaat durchsetzen.

Wie ein handlungsfähiger Staat schützt, Vertrauen erhält und Freiheit sichert.

Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit. Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat schützt, Regeln durchsetzt und im Ernstfall handlungsfähig ist. Sicherheit zeigt sich nicht nur in der Präsenz von Polizei, sondern in funktionierenden Institutionen, erreichbaren Behörden und einem Rechtssystem, das verlässlich arbeitet.

Sachsen-Anhalt steht vor der Aufgabe, Sicherheit neu zu denken: als Zusammenspiel von Prävention, konsequenter Rechtsdurchsetzung und Respekt vor Grundrechten. Innere Sicherheit ist kein Ort für symbolische Politik, sondern für Professionalität, Ausbildung und Vertrauen.

Polizei stärken und entlasten

Die Polizei ist Garant für öffentliche Sicherheit. Ihre Arbeit wird anspruchsvoller, vielfältiger und belastender. Dafür braucht sie politische Rückendeckung und gute Arbeitsbedingungen.

Ausreichende Personalstärke bleibt Voraussetzung. Ausbildung und Fortbildung werden modernisiert und an neue Einsatzlagen angepasst. Einsatzkräfte müssen technisch gut ausgestattet sein und verlässliche Dienstpläne haben. Alle Dienststellen und Dienstgebäude müssen baulich und in der Ausstattung auf dem gleichen modernen Stand sein. Bürokratische Belastungen werden reduziert, damit Polizistinnen und Polizisten sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Die hohen Einstellungszahlen der vergangenen Jahre führen zu einem zunehmenden Beförderungsstau. Wird hier nicht gegengesteuert, gefährdet das Motivation und Bindung, insbesondere bei jüngeren Polizistinnen und Polizisten. Deshalb wird das Beförderungsbudget deutlich verbessert, um den Stau abzubauen und verlässliche Perspektiven zu schaffen. Die Ausfinanzierung der Dienstposten in der Landespolizei und die seit Jahren fehlerhafte amtsangemessene Alimentierung der Polizeibeschäftigten wird umfassend verbessert.

Polizei handelt im Rechtsstaat. Transparenz, Fehlerkultur und Kontrolle sichern Vertrauen in staatliches Handeln. Eine starke Polizei braucht Akzeptanz in der Bevölkerung, die auch durch den unabhängigen Polizeibeauftragten getragen wird. Die Unabhängigkeit des Polizeibeauftragten soll gestärkt werden.

Um den steigenden Bedarfen gerecht zu werden und den Arbeitsalltag der Gesamtpolizei zu erleichtern, bauen wir die Struktur der Ansprechperson LSBTTI und Gleichstellungsbeauftragten bei der Polizei auf zwei hauptamtliche Ansprechpersonen und zwei hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte aus und führen eine anteilige Freistellung der nebenamtlich Tätigen ein.

Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Feuerwehren, Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk sind unverzichtbare Säulen der Sicherheit. Sie leisten ihren Dienst oft ehrenamtlich, unter hoher Belastung und wachsendem Risiko.

Der Brandschutz ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen und ein zentraler Bestandteil öffentlicher Sicherheit. Städte und Gemeinden werden dabei weiterhin durch das Land unterstützt. Die zentrale Landesbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen hat sich bewährt und wird fortgeführt. Sanierung und Neubau von Feuerwehrhäusern gewinnen angesichts wachsender Bedarfe an Bedeutung. Das Land legt hier einen Schwerpunkt auf gezielte Unterstützung.

Der Landesfeuerwehrverband als Interessenvertretung der Feuerwehrangehörigen wird dauerhaft und auskömmlich ausgestattet. Eine hauptamtliche Geschäftsführung und langfristig gesicherte Landesförderung schaffen Stabilität und Verlässlichkeit. Die Förderung von Führerscheinerweiterungen für Feuerwehrmaschinisten wird fortgeführt. Feuerwehrsport und Wettkämpfe werden wieder stärker unterstützt, um Fitness, Teamgeist und Motivation zu fördern.

Kinder- und Jugendfeuerwehren sind unverzichtbar für die Nachwuchsgewinnung. Sie werden dauerhaft gesichert und ausdrücklich als Teil der kommunalen Pflichtaufgabe anerkannt.

Unterhalb der Katastrophenschwelle sind ehrenamtliche Helferinnen und Helfer anderer Organisationen im Unterschied zu Angehörigen der Feuerwehren oder des THW nicht entsprechend sozial abgesichert. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollen sie bei Freistellungs- und Erstattungsansprüchen gleichgestellt werden. Diese Ansprüche werden auch auf die ehrenamtlichen Ausbilder auf Kreisebene ausgeweitet.

Katastrophenschutz ist Gemeinschaftsaufgabe. Alle Helferinnen und Helfer müssen im Einsatz die gleiche rechtliche Stellung haben – unabhängig von Organisation oder Fachdienst. Eine einheitliche Helfergleichstellung wird angestrebt.

Angesichts zunehmender Extremwetterereignisse wird der Katastrophenschutz weiterentwickelt und umfassend ausfinanziert. Das Katastrophenschutzgesetz (KatSchuG) wird novelliert und an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Warnsysteme werden modernisiert, Einsatzstrukturen verlässlich finanziert. Die Aufstellung der Katastrophenschutzeinheiten muss regional angepasst werden können. Starre Vorgaben werden überprüft, um den unterschiedlichen Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte besser gerecht zu werden.

Großveranstaltungen stellen besondere Anforderungen an Sicherheit und Einsatzkoordination. Ein Leitfaden reicht dafür nicht aus. Zuständigkeiten für Sicherheitskonzepte und Schutzmaßnahmen werden gesetzlich klar geregelt, um Kommunen, Veranstalter und Einsatzkräfte rechtssicher zu entlasten. Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge wird als starke Landesakademie für haupt- und ehrenamtliche Kräfte weiterhin auskömmlich finanziert und die Angebote werden ausgebaut.

Die ehrenamtlich Tätigen in der Psychosozialen Notfallversorgung (Notfallseelsorge) sollen sie zukünftig eine Aufwandsentschädigung bekommen.

Prävention und kommunale Sicherheit

Sicherheit beginnt vor Ort. Präventionsarbeit in Kommunen, Schulen und Vereinen hilft, Konflikte frühzeitig zu entschärfen und Straftaten zu verhindern. Kommunale Präventionsräte und soziale Präventionsangebote werden unterstützt.

Städtebauliche Maßnahmen, gute Beleuchtung, sichere Verkehrswege und erreichbare Ansprechpersonen erhöhen das Sicherheitsgefühl. Sicherheitspolitik ist dabei immer auch Sozialpolitik.

Justiz handlungsfähig halten

Ein funktionierender Rechtsstaat braucht eine leistungsfähige Justiz. Verfahren müssen zügig, nachvollziehbar und rechtsstaatlich geführt werden. Lange Verfahrensdauern untergraben Vertrauen.

Zum Rechtsstaat gehört auch ein leistungsfähiger Justizvollzug. Die bestehenden Standorte in Sachsen-Anhalt werden erhalten. Eine wohnortnahe Unterbringung fördert Resozialisierung und stabilisiert soziale Bindungen. Die Auslagerung weiterer Haftplätze in andere Bundesländer wird abgelehnt. Der Ersatzneubau für die JVA's 'Roter Ochse' und 'Frohe Zukunft' ist

beschlossen. Entscheidend ist, dass das Vorhaben ohne weitere Verzögerungen umgesetzt wird. Die Nutzung des offenen Vollzuges wird ausgeweitet.

Die Arbeit der Bediensteten im Justizvollzug ist körperlich und psychisch hoch belastend. Strukturen der Polizeinotfallseelsorge werden auf den Justizvollzug ausgeweitet, Fortbildungen zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen gestärkt. Die freie Straffälligenhilfe wird dauerhaft finanziell abgesichert.

Gerichte und Staatsanwaltschaften werden personell und technisch gestärkt. Ein Einstellungsstopp in der Justiz wird abgelehnt. Das Jura-Studium und das Rechtsreferendariat werden zeitgemäß weiterentwickelt, Prüfungssysteme werden überarbeitet. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene für eine gemeinsame Austauschplattform zur Bearbeitung von Wirtschaftskriminalität sowie eine Vereinheitlichung digitaler Austauschformate wie Verschlüsselung und Videokonferenzsysteme einsetzen. Ausbildungskampagnen werden stärker an der Lebensrealität junger Menschen ausgerichtet und in sozialen Medien präsent sein. Die Justizschule wird vollständig nach Sachsen-Anhalt zurückgeführt, mit zwei Ausbildungsstarts pro Jahr.

Rechtsschutz ist in der Praxis eine Frage der Erreichbarkeit von Anwältinnen und Anwälten. Leider dünnt das Netz an Anwaltskanzleien im ländlichen Raum massiv aus. Zusammen mit der Anwaltskammer wollen wir Schritte prüfen, um die Anwaltschaft in Sachsen-Anhalt zukunftssicher aufzustellen.

Für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wird ein neues Personalentwicklungskonzept erarbeitet, das Abordnungen an das Bundesverfassungsgericht, die Bundesgerichte und den Europäischen Gerichtshof fördert. Zudem wird eine längere Verweildauer bei Spezialisierungen wie Wirtschaftsstrafrecht gefördert und positiv bewertet. Obleutestellen stärken die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Richtern. Ausbildung und Laufbahn der Justizwachtmeister werden reformiert, Rechtspfleger konkurrenzfähig besoldet. An einer Ausbildungsreform für den Gerichtsvollzieherdienst wird festgehalten. Engpässe bei Rechtsanwaltsfachangestellten werden bei Wohnheim- und Ausbildungsförderung berücksichtigt. Wir wollen die Verbeamtung von Rechtsreferendaren ausbauen und zum Regelfall machen.

Digitalisierung und Rechtsstaat

Digitale Verfahren entlasten Verwaltung und Justiz mittelfristig. Datenschutz, IT-Sicherheit und Rechtsklarheit bleiben Maßstab. Digitale Lösungen müssen barrierefrei, sicher und verständlich sein.

Für die Justiz wird ein verbindliches Digitalisierungskonzept entwickelt, das Transparenz über Schritte, Zuständigkeiten und Zeitpläne schafft. Die Migration der IT-Systeme wird finanziell und personell abgesichert. Eine Fachkräfteoffensive stärkt IT-Kompetenz in der Justiz. Rückmeldesysteme und Schulungskonzepte begleiten die Einführung der E-Akte.

Angriffe auf Gerichte und Justizangehörige werden nicht hingenommen. Die Unabhängigkeit der Justiz wird geschützt. Aufklärung über Funktionsweise und Bedeutung des Rechtsstaats wird ausgebaut. Strafbare Angriffe werden konsequent verfolgt.

Opferschutz wird weiter ausgebaut. Opfer von Gewalt, Hasskriminalität und Extremismus brauchen Schutz, Beratung und Begleitung. Der Staat steht an ihrer Seite.

Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen

Geschlechtsspezifische Gewalt ist auch in Sachsen-Anhalt hoch. Die polizeilich erfassten Fälle häuslicher Gewalt stiegen im 5-Jahres-Vergleich von 2020 bis 2024 um rund 33 Prozent. Zudem ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen. Jede Betroffene hat ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt.

Wir werden die Istanbul-Konvention und das Gewalthilfegesetz konsequent umsetzen. Unser Ziel ist klar: Keine Frau darf in Sachsen-Anhalt ohne Schutz und Hilfe bleiben. Jede Betroffene soll schnell, sicher und ohne Hürden Unterstützung finden – überall im Land.

Der Ausbau von Frauenhäusern und Schutzwohnungen wird im gesamten Land vorangetrieben. Die Beratungsinfrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum, wird gestärkt – durch wohnortnahe Außenstellen, mobile Beratungsangebote und digitale Zugänge. Barrierefreiheit muss selbstverständlich sein. Finanzielle Sicherheit stärken wir durch mehrjährige Förderverträge. Beschäftigte sollen tariflich vergütet werden, Rufbereitschaften entlohnt. So bleibt Fachpersonal gesichert und die Qualität der Arbeit stabil.

Die Aufnahme von Frauen ohne Anspruch auf sozialgesetzliche oder asylrechtliche Unterstützung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Das Land soll die Tagessätze übernehmen, die Betroffene in Frauenschutzhäusern bislang selbst leisten müssen.

Digitale Gewalt und Straftaten nehmen zu – von Cyberstalking, Cybermobbing über Cybergrooming bis hin zu Hass und Bedrohungen im Netz. Diese Formen von Gewalt müssen konsequent verfolgt und bekämpft werden. Das Hilfesystem braucht Schulung und technischen Schutz. Fachkräfte werden im Umgang mit digitaler Gewalt geschult, die digitale Präsenz von Strafverfolgungsbehörden und Aufsichtsbehörden ausgebaut und um digitale Beratungsangebote ergänzt.

Dabei werden Schutz-, Hilfe- und Verfahrensstrukturen traumasensibel weiterentwickelt, um Belastungen für Betroffene zu minimieren.

Um im ländlichen Raum Krisenintervention, Schutz- und Sicherheitsplanung sowie Begleitung in Fällen von Frauenhandel, Zwangsverheiratung und ehrbezogener Gewalt weiterhin zu gewährleisten, erweitern wir die Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung in Sachsen-Anhalt (Vera) um eine Zweigstelle im südlichen Sachsen-Anhalt.

Täterarbeit ist Bestandteil von Präventions-, Interventions- und Schutzmaßnahmen. Proaktive Täterarbeit erlaubt es, Angebote frühzeitig und eigeninitiativ heranzutragen, um weitere Gewalttaten zu verhindern. Wir prüfen, inwieweit dieser Ansatz auf Sachsen-Anhalt übertragen werden kann.

Prävention ist der wirksamste Schutz vor Gewalt. Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, der Geflüchtetenhilfe sowie des Gesundheits- und Pflegebereichs sollen verpflichtend Schutzkonzepte entwickeln und umsetzen. Diese müssen Schutz vor Gewalt und Diskriminierung beinhalten und queersensible sowie

diversitätsbewusste Aspekte berücksichtigen. Regelmäßige Schulungen und Fortbildungen für Fachkräfte sind verbindlich, damit Prävention im Alltag wirkt.

Schutz vor Extremismus und Gewalt

Demokratie braucht Schutz. Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind eine reale Gefahr. Ihnen wird mit Prävention, Bildung und konsequenter Strafverfolgung entschieden entgegengetreten. Deshalb setzt sich die SPD Sachsen-Anhalt für die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens über eine Bundesratsinitiative ein. Den wachsenden Herausforderungen durch Rechtsextremismus, Sabotage und Spionage muss auch der Verfassungsschutz gewachsen sein. Dafür braucht es Verbesserung in Sachen Ausrüstung und Personal. Im Bereich der Spionageabwehr und Sabotageschutz wollen wir prüfen, ob Befugnisse und Instrumentarium des Verfassungsschutzes der geänderten Bedrohungslage angemessen sind. Die parlamentarische Kontrolle und Berichtspflichten bleiben zentrale Bedingungen für eine transparente Arbeit der Behörde. Eingriffe in Grundrechte müssen strikt verhältnismäßig sein.

Beratungsstellen, Aussteigerprogramme und zivilgesellschaftliche Initiativen leisten wichtige Arbeit. Sie werden verlässlich unterstützt.

Erinnerung ist Teil demokratischer Verantwortung. In Sachsen-Anhalt erinnern über eintausend Kriegsgräberstätten an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Pflege, Bildungsarbeit und Friedenspädagogik stärken Urteilskraft, Pluralismus und klare Grenzen gegen Extremismus. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wird bei seiner Bildungsarbeit mit Jugendlichen unterstützt.

Migration, Ordnung und Recht

Ein handlungsfähiger Rechtsstaat setzt Regeln durch – auch im Aufenthaltsrecht. Verfahren müssen zügig, rechtssicher und transparent sein. Der Rechtsstaat schützt und verpflichtet alle Menschen gleichermaßen. Gleichzeitig gilt: Integration gelingt dort, wo Perspektiven eröffnet werden.

Menschen, die arbeiten, lernen oder eine Ausbildung absolvieren, sollen eine Bleibeperspektive haben. Freiwillige Rückkehr wird unterstützt. Abschiebungen bleiben die ultima ratio. Ordnung und Humanität schließen sich nicht aus.

Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe

Sicherheit entsteht im Zusammenspiel von Staat, Kommunen, Ehrenamt und Zivilgesellschaft. Vertrauen ist der entscheidende Faktor. Wer Sicherheit gewährleisten will, muss präsent sein, zuhören und konsequent handeln.

Ein starker Rechtsstaat schützt Freiheit – und schafft die Grundlage für Zusammenhalt in Sachsen-Anhalt.

Demokratie verteidigen.

Wie Beteiligung, Engagement und Vielfalt unsere Demokratie im Alltag tragen.

Demokratie lebt nicht allein von Wahlen. Sie lebt davon, dass Menschen sich einbringen, gehört fühlen und erleben, dass ihr Engagement Wirkung hat. Wo das gelingt, entsteht Vertrauen. Wo es fehlt, wachsen Distanz, Resignation und die Anfälligkeit für einfache Antworten.

Sachsen-Anhalt steht vor der Aufgabe, demokratische Teilhabe zu stärken und gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu gestalten. Einsamkeit, Vereinsamung und der Rückzug aus dem öffentlichen Leben sind reale Herausforderungen – in Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Gleichzeitig engagieren sich viele Menschen täglich in Vereinen, Initiativen, Kommunen und Ehrenämtern für ein lebendiges Miteinander.

Demokratiepolitik bedeutet deshalb mehr als die Abwehr von Extremismus. Sie schafft Räume für Begegnung, Beteiligung und Mitwirkung. Sie stärkt Zivilgesellschaft, schützt Vielfalt und sorgt für verlässliche Rahmenbedingungen demokratischen Engagements.

Engagement fördern, Einsamkeit begegnen

Einsamkeit betrifft Menschen aller Altersgruppen und Lebenslagen. Sie schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährdet demokratische Teilhabe. Politik darf hier nicht wegsehen.

Sachsen-Anhalt entwickelt deshalb eine schlüssige Strategie gegen Einsamkeit. Engagement, Begegnung und Beteiligung werden gezielt gestärkt. Die landesweite Engagementstrategie wird finanziell besser untersetzt und weiterentwickelt.

Der Engagementfonds wird ausgebaut, niedrigschwellig gestaltet und bekannter gemacht, um Einzelpersonen, kleine Initiativen und informelles Engagement wirksam zu unterstützen. Freiwilligenagenturen und Engagementzentren werden verlässlich und strukturell gefördert. Die Anerkennungskultur wird gestärkt – durch sichtbare Wertschätzung, bessere Freistellungsmöglichkeiten und gezielte Unterstützung für ehrenamtliches Engagement. Dazu wird ein Ehrenamtsgesetz angestrebt. Wir bauen bürokratische Hürden für ehrenamtlich getragene Vereine und Initiativen gezielt ab. Ehrenamtliches Engagement muss besser mit Familie, Ausbildung und Beruf vereinbar sein; insbesondere Arbeitgeber sollen durch flexible Arbeitszeiten und Freistellungsregelungen unterstützend wirken.

Unbürokratische Unterstützung, auch finanziell, ermöglicht Stadtteilstefte, Begegnungsformate und Vernetzung vor Ort. So werden nicht nur Einsamkeit bekämpft, sondern demokratische Alltagsräume gestärkt – auch als Schutz vor Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit.

Freiwilligendienste stärken

Freiwilligendienste leisten einen wichtigen Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt und persönliche Orientierung. Wir werden uns für angemessenere verlässliche Finanzierung der Freiwilligendienste aus EU-, Bundes- und Landesmitteln einsetzen. Daraus wollen wir eine armutsfeste Erhöhung des Taschengeldes und des Verpflegungszuschusses finanzieren. Zudem

sollen die Mittel für die Seminararbeit erhöht werden. Wir werden uns auf Bundesebene für einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Freiwilligendienst einsetzen.

Damit mehr Menschen jeden Alters und verschiedener sozialer Herkunft daran teilnehmen können, werden wir die Bekanntheit und die Attraktivität von Freiwilligendienste verbessern. So sollen Freiwilligendienste auch bei Ermäßigungen (Eintrittsgelder, Fahrkarten, etc.) anerkannt werden.

Beteiligung ausbauen, Demokratie erfahrbar machen

Abnehmende Parteienbindung und wachsende Skepsis gegenüber Politik sind Realität. Dem begegnet die SPD Sachsen-Anhalt mit mehr Beteiligung und neuen Formaten demokratischer Mitwirkung.

Gleichberechtigte demokratische Teilhabe setzt angemessene Repräsentation voraus. Mit einem Paritätsgesetz werden gleiche Macht, gleiche Verantwortung und gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in den Parlamenten unseres Landes verwirklicht – für eine Demokratie, die alle Menschen repräsentiert.

Beteiligungsformate werden stärker im Regierungshandeln verankert – über klassische Planungsverfahren hinaus. Öffentliche Räume sollen gemeinsam gestaltet werden, generationenübergreifend und transparent.

Bürgerräte nach bewährten Vorbildern werden eingeführt, um komplexe Themen wie Mobilität oder Infrastruktur gemeinsam zu beraten. Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide werden gesenkt, um direkte Demokratie weiterzuentwickeln.

Beiräte, etwa für Integration oder Seniorinnen und Senioren, werden dauerhaft finanziert und als Teil demokratischer Praxis anerkannt. Zivilgesellschaft wird frühzeitig in die Zielfestlegung von Landesprogrammen eingebunden. Das Dorf-Manager-Programm wird weiterentwickelt und um Aspekte der Gemeinwesenarbeit sowie der Sensibilisierung für rechtsextreme Sozialraumstrategien ergänzt. Vernetzung und Austausch werden gestärkt.

Demokratie schützen und stärken

Demokratiearbeit braucht Verlässlichkeit. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wird fortgeführt und ausgebaut. Projekte für zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt werden mehrjährig gefördert, um Kontinuität und Planungssicherheit zu gewährleisten.

Eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus stärkt die konsequente strafrechtliche Verfolgung. Kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger werden für Strategien wie die sogenannte „völkische Landnahme“ sensibilisiert – durch Informationsmaterialien, Fachkonsultationen und Austauschformate.

Lehrkräfte sowie Pädagoginnen und Pädagogen, sowie Schülerinnen- und Elternvertretungen, werden bei ihrer Demokratiearbeit unterstützt. Politische Bildung und demokratische Haltung brauchen Rückhalt. Medienbildung wird weiter ausgebaut – insbesondere zu Hass im Netz, Desinformation und gezielten Kampagnen.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor wird künftig um die Erhebung antifeministischer Einstellungen erweitert. Angesichts zunehmender rassistischer und sexistischer Haltungen unter Schülerinnen und Schülern werden präventive und demokratiepädagogische Projekte an Schulen intensiviert und dauerhaft gefördert. Schulen müssen Orte sein, an denen Respekt, Gleichberechtigung und Vielfalt aktiv gelebt und vermittelt werden.

Bundesprogramme wie „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ werden weiterhin kofinanziert, um ihre präventive Wirkung im Land zu sichern. Bildungsangebote für Engagierte, ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Vereinsverantwortliche stärken demokratische Kompetenz vor Ort.

Vielfalt schützen, Diskriminierung bekämpfen

Vielfalt gehört zur Realität Sachsen-Anhalts. Sie zu schützen ist Voraussetzung für eine offene Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Menschenrechte und gegen Hass engagieren, werden verlässlich gefördert.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen frei von Diskriminierung leben können. Der 8. März, der Internationale Frauentag, soll in Sachsen-Anhalt als gesetzlicher Feiertag die Bedeutung von Gleichstellung sichtbar machen. Mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz stärken wir die Rechte der Betroffenen. Das Frauenfördergesetz wird modernisiert, um Gleichstellung in Verwaltung, Wirtschaft und Politik zu sichern. In Zeiten zunehmenden Antifeminismus werden Gleichstellungsbeauftragte gestärkt, ihre Rechte ausgebaut, ihre Arbeit abgesichert und mit einem eigenen Klagerecht versehen.

Die Landesprogramme „Für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ und „Queer leben in Sachsen-Anhalt“ werden fortgeführt, weiterentwickelt und mit verbindlichen Zielen, ausreichenden Mitteln und klarer Zuständigkeit ausgestattet.

Rassismuskritische Bildungsarbeit wird in Verwaltung, Schulen und Polizei ausgebaut. Interkulturelle Bildung, Schulsozialarbeit und Elternarbeit werden verstetigt.

Professionelle Sprachmittlung im Gesundheitswesen wird verlässlich finanziert. Rassismuskritische und diversitätssensible Fortbildungen für medizinisches und pflegerisches Personal werden gestärkt.

Das Aktionsprogramm gegen Antisemitismus wird auskömmlich finanziert. Historische Bildung und internationale Jugendbegegnungen stärken das Bewusstsein für Geschichte, Demokratie und Verantwortung. Das Landesprogramm „Schule ohne Rassismus“ wird gestärkt, schulinterne Fortbildungen wieder ermöglicht.

Zur besseren Sichtbarmachung queerer Lebensrealitäten wird eine Studie zur Lebenssituation queerer Menschen – insbesondere von trans*, inter* und nichtbinären Personen – in Auftrag gegeben.

Die landesfinanzierten Fachzentren für geschlechtliche Vielfalt werden zu interdisziplinären Versorgungs- und Beratungsstellen ausgebaut. Die Landeskoordinierungsstellen werden auf jeweils eine volle Stelle aufgestockt.

Demokratie als gemeinsame Verantwortung

Demokratie und Vielfalt sind keine Selbstläufer. Sie brauchen Engagement, Schutz und politische Priorität. Staat, Kommunen und Zivilgesellschaft tragen gemeinsam Verantwortung dafür, dass demokratische Teilhabe möglich bleibt und Vielfalt als Stärke erlebt wird.

Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen sich einbringen können, wo Engagement anerkannt wird und wo Demokratie im Alltag erfahrbar ist.

Kultur, Religion und Sport stiften Zusammenhalt.

Sie schaffen Teilhabe, Identität und lebendige Demokratie – in Stadt und Land.

Kultur und Sport sind mehr als Freizeitangebote. Sie prägen Identität, ermöglichen Teilhabe und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine demokratische Gesellschaft lebt davon, dass Menschen sich ausdrücken, begegnen und engagieren können – unabhängig von Herkunft, Alter oder Wohnort. Kultur und Sport eröffnen genau diese Räume.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für ein kulturell offenes und solidarisches Land. Wir verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur, sichern kulturelle Vielfalt und stärken den organisierten wie den freien Sport. Kulturpolitik und Sportpolitik sind Teil einer aktiven Demokratiep politik.

Freiheit der Kunst und kulturelle Vielfalt schützen

Kunst und Kultur sind frei. Diese Freiheit verteidigen wir gegen politische Instrumentalisierung, ideologische Vereinnahmung und Angriffe von rechts. Wo demokratische Werte, kulturelle Institutionen oder historisches Erbe diskreditiert werden, stellt sich die SPD Sachsen-Anhalt klar dagegen.

Öffentliche Kulturförderung darf nicht Projekten zugutekommen, die antisemitische, rassistische oder menschenverachtende Ziele verfolgen. Rechtssichere Förderbedingungen, Transparenz und Eigenverantwortung sind Grundlage verantwortungsvoller Kulturförderung.

Kulturelle Teilhabe ermöglichen

Kultur muss für alle zugänglich sein. Die SPD steht in der Tradition „Kultur für alle, Kultur von allen“. Modelle zur Erleichterung von Teilhabe werden weiterentwickelt – etwa durch ermäßigte Eintrittspreise, Fahrtkostenzuschüsse und sozial ausgewogene Preisgestaltung für Familien, Seniorinnen und Senioren, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende und Auszubildende. Wir erweitern das Kulturverständnis aktiv auf digitale Angebote wie Computerspiele und schließen diese in die Förderung ein.

Kulturelle Bildung ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Sie stärkt Orientierung, Reflexionsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensphasen.

Glauben in Sachsen-Anhalt - Religionsfreiheit verteidigen

Wir erkennen und würdigen den wichtigen Beitrag der Kirchen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. In unserem Land übernehmen sie vielfältige Aufgaben für das Gemeinwohl: in

der Seelsorge, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Rettungsdiensten und der Notfallseelsorge ebenso wie in offenen Begegnungsorten, in der Pflege des kulturellen Erbes, im kulturellen Austausch und im ehrenamtlichen Engagement vor Ort. Diese Arbeit stärkt Solidarität, Nächstenliebe und Verantwortung füreinander.

Wir werden die Kirchen in ihrem gesellschaftlichen und kulturellen Wirken weiterhin verlässlich unterstützen; im Dialog und im Respekt vor der Trennung von Staat und Kirchen wie vor der weltanschaulichen Vielfalt unseres Landes.

Ein besonderes Anliegen sind uns die Stärkung und der Schutz jüdischen Lebens. Jüdisches Leben gehört untrennbar zu unserer Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Wir setzen uns entschlossen für seine Sichtbarkeit, eine freie Entfaltung jüdischen Lebens und seiner Sicherheit ein und treten Antisemitismus in jeder Form entschieden entgegen. Die Arbeit des Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus wird zur Funktion eines Antisemitismusbeauftragten weiterentwickelt.

Wir setzen uns weiterhin für landesweite jüdische Kulturtage ein, um die Vielfalt der jüdischen Kultur zu bewerben. Wir unterstützen die islamischen Gemeinden und Verbände in Sachsen-Anhalt auf ihrem Weg zu einem gleichberechtigten religionsverfassungsrechtlichen Miteinander in unserem Bundesland. Wir treten auch in schwierigen Zeiten engagiert gegen Islamfeindlichkeit ein.

Kulturelles Erbe bewahren und weiterentwickeln

Sachsen-Anhalt verfügt über ein außergewöhnlich reiches kulturelles Erbe – von mittelalterlichen Stätten bis zur Moderne. UNESCO-Welterbestätten, Museen und Kulturstiftungen prägen das Land. Ihr Erhalt ist Verpflichtung und Aufgabe zugleich.

Die Kulturstiftungen des Landes werden verlässlich finanziell unterstützt. Investitionen in den Bauernhalt gehören ebenso dazu wie die Sicherung und Sichtbarmachung jüdischen Erbes. Auch das baukulturelle Erbe der DDR, insbesondere der Ostmoderne und der Kunst am Bau, wird systematisch erfasst, bewertet und erhalten.

Museen sind Lernorte, Forschungsstandorte und touristische Anziehungspunkte. Die Museumslandschaft wird weiterentwickelt, die Industriekultur verstetigt. Der geplante Neubau der Depot- und Lagerflächen für zentrale Kultureinrichtungen in der ehemaligen Schultheiss-Brauerei in Dessau-Roßlau wird umgesetzt.

Insbesondere für Naturkundemuseen soll ein Konzept erarbeitet werden, um die Qualität und Finanzierung überregional zu sichern. Umweltbildung und Heimatkunde sind wichtige Anlaufstellen in der Region, für Kitas, Schulen und Familien.

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste erforscht systematisch die Herkunft von Kunst- und Kulturgütern, die ihren Besitzern in der Zeit des Nationalsozialismus, während der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR und aus kolonialen Kontexten zu Unrecht geraubt und entzogen wurden. Provenienzforschung vermittelt ein vertiefendes Verständnis und eine kritische Reflexion mit der eigenen Geschichte, historischen Kontexten und macht Unrecht von Kriegen und Diktaturen sichtbar. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Verständigung,

Versöhnung und internationalen Restitution. Wir werden die Provenienzforschung weiterhin unterstützen und fördern.

Kulturförderung modernisieren und verlässlich gestalten

Kulturförderung braucht Vertrauen, Planungssicherheit und angemessene Arbeitsbedingungen. Mehrjährige Förderungen, Budgets und vereinfachte Verfahren schaffen Verlässlichkeit. Bürokratie wird abgebaut, insbesondere bei langjährig geförderten Projekten.

Soziale Mindeststandards und Honoraruntergrenzen sind Voraussetzung öffentlicher Förderung. Selbstausbeutung mit öffentlichen Mitteln lehnen wir ab. Familienfreundliche Stipendien und geschlechtergerechte Förderpraxis gehören dazu.

Das Kulturfördergesetz wird auf seine Wirksamkeit überprüft und weiterentwickelt. Regelmäßiger Dialog mit Kulturakteurinnen und -akteuren sowie ein Kulturförderbericht pro Wahlperiode schaffen Transparenz.

Sichtbarkeit stärken – Künstlerinnen und Künstler unterstützen

Künstlerinnen und Künstler prägen das kulturelle Leben des Landes. Ihre Arbeitsbedingungen verdienen Aufmerksamkeit. Sachsen-Anhalt macht seine Künstlerinnen und Künstler stärker sichtbar – auch durch Kooperationen mit Tourismus und regionaler Entwicklung.

Eine Landeskunstaussstellung präsentiert angekaufte Werke und sichert Künstlernachlässe dauerhaft. Kunst braucht Öffentlichkeit, nicht nur Depots.

Die Literaturlandschaft des Landes wird gezielt gestärkt. Literarische Nachwuchsförderung und Leseförderung bleiben zentrale Aufgaben. Die Bestrebungen des Bundes zur Verlagsförderung werden unterstützt.

Theater, Musik und Festivals sichern

Theater und Orchester sind kulturelle Anker in Stadt und Land. Die bestehenden Verträge werden verlässlich fortgeschrieben. Haustarife und verpflichtende Teilzeitvereinbarungen gehören abgeschafft. Zur Sicherung der Vielfalt wird eine Gast- und Spielstättenförderung der freien (Theater-)Szene und der Kulturhäuser ohne eigenes Ensemble auf den Weg gebracht.

Musikfeste und Festivals von Händel über Weill, bis Pop und Rock prägen das kulturelle Jahr und sind zugleich touristische Faktoren. Musikschulen werden auskömmlich finanziert, um Beiträge stabil zu halten und Zugänge zu erweitern. Clubs werden als Kulturorte anerkannt und geschützt.

Kultur im ganzen Land – Ehrenamt stärken

Kultur findet überall statt. Ehrenamtliche Initiativen, soziokulturelle Zentren und „Dritte Orte“ im ländlichen Raum werden gezielt gefördert. Regionale Budgets stärken kulturelle Vielfalt vor Ort.

Bibliotheken sind unverzichtbare Bildungs-, Kommunikations- und Lernorte für alle Generationen. Ihre Entwicklung zu modernen, offenen Orten des Austauschs wird unterstützt. Digitale Angebote und ein aktueller Medienbestand werden ausgebaut. Die gesetzliche Ermöglichung der Sonntagsöffnung öffentlicher Bibliotheken wird angestrebt.

Ein neuer Bibliotheksentwicklungsplan sichert die Bibliotheken in der Fläche und macht sie mit gezielter Landeshilfe zukunftsfähig.

Barrierefreiheit ist Voraussetzung echter Teilhabe – baulich, digital und kommunikativ. Kultureinrichtungen werden bei der Umsetzung unterstützt.

Sportland Sachsen-Anhalt

Sport verbindet Generationen und stärkt Gemeinschaft. Sport ist Treiber für Inklusion und Integration. Vereine sind das Rückgrat des Sports. Die Vereinspauschalen werden verdoppelt und dynamisiert und im Sportfördergesetz festgeschrieben. Vereine werden bei der Digitalisierung ihrer Arbeit unterstützt.

Die Pauschalförderung für Kreis- und Stadtsportbünde sowie Landesfachverbände wird erhöht und dynamisiert. Der Landessportbund wird auskömmlich finanziert. Der Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt, Bundesstützpunkte, Leistungszentren, Sportinternate, Mensen und die Landessportschule Osterburg werden verlässlich gefördert. Das schließt Tarifierhöhungen, Investitionen sowie eine Leistungssportschwimmhalle in Magdeburg ein. In Halle wird ein Haus des Sportes gebaut.

Ein Investitionsprogramm für Schwimmhallen und Schwimmbäder wird aufgelegt. Schwimmenlernen bleibt zentrale Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

Sportstätten werden erhalten und modernisiert. Kommunen werden unter anderem bei Investitionen in Neubau, Barrierefreiheit, Energieeffizienz und Digitalisierung unterstützt. So sichern wir die Zukunft des Sports.

Optimale Bedingungen für sportliche Höchstleistungen werden an den Eliteschulen des Sports weiterentwickelt. Die Förderung dualer Karrieren und die Vereinbarkeit von Spitzensport und Ausbildung werden gesichert. Der Spitzensport in Sachsen-Anhalt bleibt dopingfrei.

Zur Unterstützung ehrenamtlichen Engagements im Sport wird ein Ehrenamtsgesetz angestrebt.

Das Projekt -Inklusionsberater:innen im Sport- soll institutionell fest verankert werden.

Viele Menschen werden durch Sport nicht erreicht, zugleich stoßen Menschen mit Behinderungen auf Barrieren. Ein Landesaktionsplan Inklusiver Sport wird erarbeitet und umgesetzt.

E-Sport

E-Sport gewinnt nicht nur in der Jugendarbeit an Bedeutung. Vereine und Initiativen leisten ehrenamtliche Arbeit, fördern Medienkompetenz und schaffen Angebote für Jugendliche und Erwachsene.

E-Sport soll unterstützt und anderen traditionellen Sportarten gleichgestellt werden. Dafür wird eine Leitlinie für die Förderung erarbeitet. Gleichzeitig bietet die Jugendarbeit im E-Sport die Möglichkeit der Prävention gegen Spielsucht und die Vermittlung von Medienkompetenz, welche wir daher in die Leitlinie einschließen.

Gleichzeitig sorgen wir für eine Gleichstellung von Berichterstattung über E-Sport mit anderen Sportarten im Medien-Staatsvertrag.

Angebote im ländlichen Raum, inklusive und barrierefreie Formate sowie qualifizierte Betreuung stehen dabei im Fokus.

Mobilität, Wohnen und lebendige Orte entscheiden über Lebensqualität.

Wie Sachsen-Anhalt verbindet, baut und seine Städte und Dörfer stärkt.

Ob Menschen bleiben, zurückkehren oder wegziehen, entscheidet sich oft an ganz praktischen Fragen: Wie komme ich zur Arbeit? Ist Wohnen bezahlbar? Gibt es Angebote vor Ort? Funktioniert die Infrastruktur?

Bauen, Verkehr und kommunale Entwicklung sind deshalb mehr als technische Politikfelder. Sie bestimmen Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenhalt – in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Sachsen-Anhalt braucht eine Infrastrukturpolitik, die verbindet statt trennt und Entwicklung überall ermöglicht. In ihrer Planung muss Infrastrukturpolitik deshalb unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen – insbesondere mit Blick auf Mobilität, Versorgung und Vereinbarkeit.

Mobilität sichern – Bus und Bahn für das ganze Land

Mobilität darf nicht vom Wohnort abhängen. Sachsen-Anhalt braucht ein leistungsfähiges, bezahlbares und verlässliches Angebot von Bus und Bahn in allen Regionen. Ziel ist eine Mobilitätsgarantie für alle Regionen. Dazu gehören die Sicherung der bestehenden Straßenbahnnetze, die Förderung der Neuanschaffung von Straßenbahnen und Bussen sowie die Unterstützung der Städte und Kreise beim barrierefreien Ausbau von Haltestellen. Wir streben eine kostenlose Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden an. Wir stehen für attraktive Arbeitsbedingungen im ÖPNV, dazu gehören Tarifverträge. Daher sind Leistungen im ÖPNV nur bei verbindlicher Anwendung der einschlägigen Tarifverträge durch alle Leistungserbringer zu vergeben.

Sachsen-Anhalt betreibt seine Bahnen selbst. Das Land gründet eine gemeinsame Verkehrsgesellschaft mit der Deutschen Bahn und verzichtet auf teure Ausschreibungen. Das spart Kosten, schafft Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Zügen und

entlastet den Landeshaushalt. Bis zur Umsetzung gilt der Betriebsübergang bei Verkehrsdienstleistungsvergaben, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben und zu gleichen Bedingungen übergehen.

Der Schienenverkehr wird gezielt gestärkt: durch höhere Kapazitäten auf stark genutzten Regionalstrecken, die Sicherung bestehender Verbindungen wie der RB 20, die Reaktivierung stillgelegter Strecken und zusätzliche Haltepunkte. Stilllegungen von Bahnstrecken lehnt Sachsen-Anhalt ab. Sachsen-Anhalt unterstützt die Angebotsverbesserung des S-Bahn-Netzes Mitteldeutschland im Süden des Landes. Die Fernverkehrsanbindung wird verbessert, einschließlich eines leistungsfähigen ICE-Anschlusses für Magdeburg. Die Harzer Schmalspurbahn wird als wichtiges regionales Verkehrsmittel weiter unterstützt.

Bahnhöfe werden zu leistungsfähigen Mobilitätsknoten weiterentwickelt – barrierefrei, sicher, mit Echtzeitinformationen, Park-&-Ride-Anlagen und guten Umsteigemöglichkeiten. Das Schnittstellenprogramm und die Sanierung von Bahnhofsgebäuden werden fortgeführt.

Das Deutschlandticket wird langfristig bezahlbar und verlässlich abgesichert. Die Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden wird nicht aus Regionalisierungsmitteln finanziert. Perspektivisch bleibt die kostenlose Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden Ziel. Nach dem Vorbild des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird das Land Sachsen-Anhalt das Abonnement des Deutschlandtickets für Senioren mit ca. 20 Euro/Monat fördern.

Zu Fuß und mit dem Rad unterwegs

Fuß- und Radverkehr sind zentrale Säulen moderner Mobilität. Mindestens zehn Prozent der Landesmittel für den Straßenbau werden dauerhaft für Fuß- und Radverkehr eingesetzt – dort, wo Sicherheit fehlt und Netze Lücken haben. Wir fördern, wo möglich, die räumliche Trennung der Verkehrsarten Fuß-, Rad- und KfZ-Verkehr.

Ein landesweites, geschlossenes Radverkehrsnetz wird ausgebaut: sichere Schulwege, Verbindungen zwischen Orten, Radinfrastruktur an Bahnhöfen und Haltepunkten sowie Radschnellverbindungen im Umfeld der Oberzentren.

Die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK) Sachsen-Anhalt wird besser gefördert. Koordinierungsstellen im Land und in den Kommunen werden eingerichtet oder weiterentwickelt.

Die kostenlose Fahrradmitnahme in Regional- und S-Bahnen bleibt erhalten. Sichere Abstellanlagen werden gefördert – vom Fahrradparkhaus bis zum einfachen Stellplatz. Fahrraddiebstahl wird konsequent bekämpft. Kommunen werden bei Maßnahmen zur Reduzierung des Diebstahls von Fahrrädern an Umsteigepunkten unterstützt.

Der Radtourismus als Wirtschaftsfaktor, etwa entlang von Elbe, Saale und dem Europaradweg R1, wird gemeinsam mit Kommunen und Verbänden weiterentwickelt.

Straßen, Brücken und Verkehrssicherheit

Straßen und Brücken müssen instandgesetzt werden. Der Investitionsstau wird abgebaut, Bundesmittel konsequent genutzt. Reparatur und Sanierung haben grundsätzlich Priorität, zugleich werden notwendige Neubauprojekte umgesetzt.

Dazu gehören unter anderem neue Elbbrücken bei Havelberg, Barby und Aken, zentrale Bundesstraßenprojekte wie A 14, A 143 und A 38, die Ostumfahrung Magdeburg sowie Ortsumfahrungen und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten.

Der Führerschein soll günstiger werden. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität wird vorangetrieben.

Sachsen-Anhalt setzt auf die zügige Umsetzung der Vision Zero. Verkehrssicherheit wird zur Querschnittsaufgabe. Verkehrserziehung, Prävention und die Arbeit der Verkehrswachten werden gestärkt. Der Verkehrssicherheitsbeirat wird weiterentwickelt, der Schulwegerlass überarbeitet und Unfallprävention ausgebaut.

Logistikstandort Sachsen-Anhalt stärken

Logistik sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Ziel ist eine leistungsfähige und nachhaltige Logistik.

Der Flughafen Leipzig/Halle wird ohne dauerhafte Zuschüsse weiterentwickelt. Geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms und der CO₂-Emissionen werden durchgesetzt. Analog zu Sachsen legen wir einen Sonderfonds für Maßnahmen in die soziale Infrastruktur in den Orten und Kommunen auf, die am meisten vom Fluglärm des Flughafens Leipzig/Halle beeinträchtigt sind.

Die Binnenschifffahrt wird ausgebaut, Infrastruktur und Suprastruktur in landesbedeutsamen Häfen und Wasserstraßen gefördert. Wasserstraßen werden nach ökologisch verträglichen Standards erhalten. Das Gesamtkonzept Elbe wird weiterverfolgt, eine Herabstufung der Saale abgelehnt. Landesbedeutsame Fähren werden unterstützt.

Die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene wird gezielt gefördert. Bestehende Gleisanschlüsse werden reaktiviert, regionale Schieneninfrastruktur gestärkt und Unternehmen bei der Umstellung unterstützt.

Die Arbeitsbedingungen von Lkw-Fahrerinnen und Fahrern werden verbessert – durch mehr Stellplätze, saubere Rastanlagen, kostenlose Toiletten, beheizte Duschen, WLAN, Ladeinfrastruktur und familienfreundliche Angebote.

Bezahlbar wohnen – Stadt und Land entwickeln

Bezahlbarer Wohnraum bleibt auch in Sachsen-Anhalt eine Herausforderung. Der soziale Wohnungsbau wird gestärkt, insbesondere für altersgerechte und barrierefreie Wohnungen, Wohnraum für Familien in Oberzentren sowie junges Wohnen für Studierende und Auszubildende. Investitionen in Wohnheimplätze haben Priorität.

Wohnen bleibt bezahlbar, wenn auch die Wärmeversorgung und die Strompreise für alle erschwinglich sind. Die Vollendung der kommunalen Wärmeplanung in Sachsen-Anhalt ist dafür relevant. Für die Finanzierung der Umsetzung müssen vor allem die richtigen finanziellen Weichen gestellt werden. Die Kommunen benötigen dafür fachliche Unterstützung und eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Die klimafreundliche Wärmeversorgung darf keine zweite Miete werden. Die Senkung der Stromsteuer muss zukünftig auch für private Stromverbraucher gelten.

Das Aufzugsprogramm wird fortgeführt, alle Bundesmittel im Städtebau und im sozialen Wohnungsbau werden genutzt und nach Möglichkeit vom Land kofinanziert. Leerstand im ländlichen Raum wird durch gezielte Abrissprogramme reduziert, um kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen zu stabilisieren. Diese bleiben Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zwangsverkäufe zur Haushaltskonsolidierung werden ausgeschlossen.

Kommunale Wohnungsunternehmen sollen über Gemeindegrenzen hinweg tätig sein können. Serielles Bauen senkt Kosten, die Bestandssanierung wird gestärkt.

Barrierefreier Wohnraum ist bislang zu knapp und oft teuer. Deshalb fordern wir den weiteren Ausbau und die bessere Vermittlung barrierefreier, bezahlbarer Wohnungen durch den Aufbau einer landesweiten Datenbank.

Schneller bauen, klug planen

Planungs- und Genehmigungsverfahren werden beschleunigt. Planfeststellungen werden reduziert, Vergaberecht vereinfacht, Musterbauten mit Genehmigungsfiktion ermöglicht. Digitale Plausibilitätsprüfungen ersetzen formale Blockaden.

Bauen soll wieder von Fachlichkeit geprägt sein, nicht von überbordender Bürokratie.

Städte und Dörfer lebendig halten

Bundesmittel der Städtebauförderung werden konsequent kofinanziert. Quartiersmanagement, LEADER-Programme und Dorfmanagement werden gestärkt. Multifunktionshäuser sowie automatisierte und genossenschaftliche Nahversorger sichern Versorgung vor Ort.

Der Denkmalschutz wird weiterentwickelt. Photovoltaik auf Flächendenkmälern wird ermöglicht. Bürgerbeteiligung durch integrierte Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepte wird ausgebaut.

Familien, die in ihrer Heimat bleiben wollen, werden unterstützt – auch durch zinslose Kredite. Gute Architektur, Lebensqualität und Beteiligung gehören zusammen. Der Landesarchitekturpreis wird fortgeführt.

Ernährung und Landwirtschaft: Lebensgrundlagen sichern

Wie Landwirtschaft, Ernährung und ländlicher Raum gemeinsam zukunftsfähig bleiben.

Land- und Forstwirtschaft sichern unsere Ernährung, erhalten natürliche Lebensgrundlagen und prägen Sachsen-Anhalt als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum. Sie stehen im Zentrum gesellschaftlicher Erwartungen – an Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl, Ernährungssicherheit und regionale Wertschöpfung. Gleichzeitig arbeiten Landwirtinnen und Landwirte unter wachsendem ökonomischem Druck, zunehmender Bürokratie und sich verändernden klimatischen Bedingungen.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für eine zukunftsfähige, klimaangepasste und regional verwurzelte Landwirtschaft. Sie produziert hochwertige Lebensmittel, sichert Arbeitsplätze und sorgt für sauberes Wasser, reine Luft, fruchtbare Böden und Biodiversität. Voraussetzung dafür sind faire, verlässliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit der Land- und Forstwirte.

Verlässliche Rahmenbedingungen statt Dauerunsicherheit

Landwirtschaft braucht Planungssicherheit. Bürokratieabbau, praxistaugliche Regelungen und ein klarer Ordnungsrahmen sind dafür entscheidend. Landwirtinnen und Landwirte wollen aufs Feld, in den Stall und Betrieb – nicht dauerhaft an den Schreibtisch.

Genehmigungs- und Dokumentationspflichten werden vereinfacht, ohne bestehende Standards abzusenken. Daten sollen nur einmal digital erfasst und für verschiedene Verfahren nutzbar gemacht werden. Beratung und Unterstützung werden gestärkt – auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Anliegen der Bauernproteste werden ernst genommen und in einen strukturierten Dialog überführt.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft wird ein landesspezifisches agrarpolitisches Leitbild entwickelt, das die besonderen Strukturen Sachsens-Anhalts berücksichtigt. In einem Dialogprozess erfolgt dies gemeinsam mit den Betroffenen.

Flächenpolitik und Agrarstruktur fair gestalten

Sachsen-Anhalt ist von großen landwirtschaftlichen Strukturen geprägt. Für die SPD sind alle Betriebsformen und -größen gleichwertig. In den kommenden Jahren stehen zahlreiche Hof- und Betriebsübergaben an. Junge und gründungswillige Landwirtinnen und Landwirte sollen besseren Zugang zu Boden erhalten.

Die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt wird gestärkt, um Flächen gezielt für aktive Betriebe, Neugründungen und Hofnachfolgen bereitzustellen. Instrumente zur fairen Flächenvergabe werden weiterentwickelt.

Die Regeln zur Bewirtschaftung der BVVG-Flächen werden gemeinsam mit dem Bund überprüft. Ziel ist eine stärkere regionale Steuerung und langfristig eine Übernahme der

Flächen in die Verantwortung des Landes, um ortsnahe und fachlich fundierte Entscheidungen zu ermöglichen.

Öffentliche Agrarförderung gerecht ausgestalten, Gemeinwohl stärken

Die gemeinsame Agrarpolitik ist und bleibt zentrale Grundlage landwirtschaftlicher Einkommen. Die Beibehaltung der Förderhöhe ist unabdingbar, ebenso wie die Verteilung der Mittel auf regionaler Ebene.

Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft – etwa für Umwelt, Klima, Tierwohl und Biodiversität – müssen einkommenswirksam honoriert werden. Im Rahmen der GAP sind der Erhalt des Dauergrünlands und der Ökolandbau zu fördern. Wir unterstützen Agroforstsysteme und Feldrainprojekte. Beratung, Weiterbildung und Wissenstransfer zwischen Praxis, Forschung und Verwaltung werden ausgebaut. Die Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau wird dafür auskömmlich ausgestattet.

Pflanzenbau klimaresilient weiterentwickeln

Der Klimawandel verändert den Ackerbau grundlegend. Vielfältige Fruchtfolgen, Humusaufbau und Zwischenfruchtanbau werden gezielt gefördert. Sonderkulturen wie Garten- und Weinbau erhalten eigene Förderansätze.

Forschung zu klimaangepasstem Pflanzenbau und moderner Pflanzenzüchtung wird gestärkt. Ziel ist es, widerstandsfähige Sorten gegen Trockenheit, Hitze und neue Schaderreger schneller verfügbar zu machen. Das Landesweingut soll dauerhaft erhalten bleiben und mit einem tragfähigen Wirtschaftlichkeits- und Regionalitätskonzept zu einem kulturellen und landwirtschaftlichen Aushängeschild des Landes entwickelt werden.

Integrierter Pflanzenschutz und Präzisionslandwirtschaft reduzieren Risiken und sichern Erträge. Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Kommunen und Umweltverbänden bleiben zentral für wirksamen Naturschutz in Agrarlandschaften. Neuen Schadenerregern, wie der Schilf-Glasflügelzikade, wird durch verstärkte Beratung, Forschung und pragmatische Lösungen begegnet.

Als SPD stehen wir für eine Förderung des Wasserrückhalts und Erosionsschutz. Landwirte sollen bei Maßnahmen zum Schutz vor Wind- und Wassererosion gezielt entlastet werden.

Tierhaltung zukunftsfähig umbauen

Tierwohl und wirtschaftliche Perspektiven müssen zusammen gedacht werden. Investitionen in tiergerechte Haltungssysteme werden gefördert. Umbauprogramme des Bundes werden unterstützt, um neue Marktchancen für höhere Haltungsstufen zu erschließen.

Regionale Schlacht- und Vermarktungsstrukturen werden wieder gefördert, um Tiertransporte zu reduzieren und Wertschöpfung im Land zu halten. Milchviehhaltung sorgt für regionale Nährstoffkreisläufe und Beweidung ist unverzichtbar für die Biodiversität. Für faire Vertragsbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien unterstützen wir die Forderungen nach Einführung verpflichtender Verträge über Menge, Preis und Laufzeit vor der Ablieferung der Milch. Wir setzen uns für eine Förderung der Weidetierhaltung ein.

Kleintierzüchtervereine sind in unserem Bundesland fest verankert. Ihre Arbeit, insbesondere die Jugendarbeit, wird unbürokratisch gefördert.

Tierschutz

Der Schutz von Tieren ist für uns ein zentrales Anliegen und ein wesentlicher Bestandteil einer verantwortungsvollen Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucherinnen- und Umweltpolitik. Natur-, Arten- und Tierschutz gehören für uns untrennbar zusammen. Deshalb setzen wir uns für konkrete Maßnahmen ein, die den Schutz und das Wohl von Tieren in Sachsen-Anhalt nachhaltig verbessern. Dazu gehört die verpflichtende Kastration von Freigängerkatzen, um unkontrollierte Vermehrung und damit verbundenes Tierleid zu verhindern. Wir wollen eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Tierheime sicherstellen, damit diese ihre wichtige Arbeit dauerhaft leisten können. Schließlich setzen wir uns für ein landesweites Verbot der Haltung und Nutzung von Wildtieren in Zirkussen und durch Privatpersonen ein, um Tierleid konsequent zu verhindern und artgerechte Alternativen zu fördern.

Tiergesundheit und Verantwortung

Tiergesundheit ist Voraussetzung für Tierwohl. Eine landesweite Tiergesundheitsstrategie wird erarbeitet und praktikabel umgesetzt. Angesichts des Klimawandels und der Ausbreitung von Zoonosen kommt einer ganzheitlichen Ausrichtung der Gesundheitspolitik immer größere Bedeutung zu. Wir wollen daher den One-Health-Ansatz, der Wechselwirkungen der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen in ihrer gemeinsamen Umwelt beachtet, zum Leitbild unserer Politik machen.

Das Tierseuchenmanagement erfolgt abgestimmt mit Bund und Ländern. Tierheime, Zoos und Tierparks leisten wichtige Arbeit im Tier- und Artenschutz sowie in der Umwelt- und Bildungsarbeit. Sie werden dauerhaft, bedarfsgerecht und verlässlich unterstützt.

Regionale Wertschöpfung und Ernährung stärken

Regionale Wertschöpfungsketten werden gezielt ausgebaut. Direktvermarktung, Hofläden, Wochenmärkte und regionale Absatzinitiativen werden unterstützt. Wir setzen uns für Erleichterungen bei Kennzeichnungsvorschriften für Direktvermarkter ein und reduzieren die Kontrollpflichten auf ein dem Produktionsumfang angemessenes Maß.

Ernährungsbildung wird gestärkt, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Bildungseinrichtungen und regionalen Akteuren fördern gesunde Ernährung. Öffentliche Einrichtungen sollen vorrangig regionale und saisonale Produkte einsetzen.

Die Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt wird weiter gestärkt. Regionale Ernährungsräte nach dem Vorbild anderer Bundesländer werden gemeinsam mit Landkreisen etabliert. Sie fördern nachhaltige Lebensmittelversorgung und demokratische Beteiligung vor Ort.

Erneuerbare Energien verantwortungsvoll nutzen

Landwirtschaftliche Flächen dienen vorrangig der Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Biomasse, Photovoltaik und Agri-PV werden dort genutzt, wo sie sinnvoll sind und Nutzungskonflikte vermieden werden.

Reststoffe werden bevorzugt eingesetzt, Bürgerbeteiligung gestärkt. Kleine Anlagen erhalten besseren Zugang zum Strommarkt. Klare Regeln schaffen Akzeptanz und Planungssicherheit.

Forstwirtschaft, Jagd und Waldschutz

Wälder sind Klimaschützer, Lebensraum und Arbeitsplatz. Der Umbau zu klimaresilienten Dauerwäldern wird vorangetrieben. Der Landesforstbetrieb wird personell und fachlich gestärkt. Die Ökosystemleistungen der Wälder werden anerkannt und honoriert. Kleinstwaldbesitzerinnen und -waldbesitzer werden für eine effektive Waldbewirtschaftung unterstützt.

Wildbestände müssen so reguliert werden, dass Waldumbau möglich bleibt. Ein wildökologisches Gesamtkonzept bildet die Grundlage. Das Landesjagdgesetz wird im Dialog mit Forst, Jagd, Landwirtschaft und Naturschutz weiterentwickelt.

Waldbrandprävention, Notfallfonds und abgestimmte Einsatzstrukturen gewinnen angesichts des Klimawandels an Bedeutung und werden von uns eingerichtet bzw. ausgebaut.

Forschung, Ausbildung und Digitalisierung

Die Herausforderungen der Zukunft können nur gut ausgebildete Landwirtinnen und Landwirte meistern.

Die SPD bekennt sich zu unseren landwirtschaftlichen Bildungs- und Hochschuleinrichtungen in Sachsen-Anhalt. Eine auskömmliche Finanzierung ist sicherzustellen. Die weiteren agrarwissenschaftlichen Einrichtungen unseres Landes (Fraunhofer, Fraunhofer/Leibniz, DLG, LLG, IPK) sind unabdingbar für den Transfer der Forschungsergebnisse in der praktischen Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Berufsausbildung ist zu stärken und ein Konzept für die Gewinnung neuer Lehrkräfte zu erarbeiten. Die landwirtschaftliche Ausbildung ist den aktuellen Herausforderungen anzupassen. In Iden wird das überbetriebliche Ausbildungszentrum für Tierhaltung ausgebaut, um es zu einem Kompetenzzentrum weiterzuentwickeln.

Digitale Technologien, KI-gestützte Systeme und moderne Verfahren benötigen eine flächendeckende Breitbandversorgung. Jeder landwirtschaftliche Betrieb muss Zugang zu leistungsfähigem Internet haben.

Anerkannte Verbände wie die LandFrauen, Landjugend, Landesanglerverband und Landesjagdverband, Kleintierzüchterverband usw. sind für uns unverzichtbare Bestandteile des Lebens im ländlichen Raum. Ihre Förderung ist für uns Grundbestandteil sozialdemokratischer Politik.

Kommunales: Vor Ort entscheiden.

Wie Städte, Gemeinden und Landkreise handlungsfähig bleiben.

Ob Politik als handlungsfähig erlebt wird, entscheidet sich vor Ort – in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Dort werden Kitas betrieben, Feuerwehren organisiert, Straßen unterhalten und Bürgerinnen und Bürger beraten. Kommunen sind keine nachgeordnete Verwaltungsebene, sondern das Fundament des demokratischen Staates.

Unsere Kommunen leisten viel – oft unter hohem Druck. Steigende Aufgaben, wachsende Erwartungen und begrenzte Spielräume prägen den Alltag. Wer will, dass Kommunen gestalten können, muss ihnen Vertrauen, Handlungsspielräume und verlässliche Rahmenbedingungen geben. Daran richtet sich sozialdemokratische Kommunalpolitik aus.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Kommunale Selbstverwaltung ist ein Verfassungsprinzip. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen können. Das Land achtet ihre Gestaltungsspielräume und verzichtet auf unnötige Detailsteuerung.

Neue Aufgaben dürfen Kommunen nur übertragen werden, wenn sie vollständig finanziert sind. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ gilt uneingeschränkt. Zusätzliche Pflichten ohne ausreichende Finanzierung untergraben die kommunale Selbstverwaltung und gefährden die Erfüllung bestehender Aufgaben. Verändern oder erweitern sich Aufgaben, muss die Finanzierung verbindlich angepasst werden. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür auch gegenüber dem Bund ein.

Kommunale Handlungsfähigkeit hängt maßgeblich von verlässlichen Einnahmen ab. Kommunen erhalten bislang einen zu geringen Anteil an den öffentlichen Einnahmen. Deshalb setzt sich Sachsen-Anhalt für eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein, die Kommunen stärkt. Die Gewerbesteuer soll als zentrale kommunale Steuer erhalten und stabilisiert werden. Städte und Gemeinden benötigen höhere Anteile an der Umsatz- und Einkommensteuer. Eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer soll die Länder stärken und damit mittelbar auch den Kommunen zugutekommen.

Zusammenarbeit ermöglichen, Eigenständigkeit bewahren

Viele Herausforderungen lassen sich gemeinsam besser bewältigen. Interkommunale Zusammenarbeit wird erleichtert und gefördert, wo sie Ressourcen bündelt, Kosten senkt und Qualität sichert. Kommunen sollen Aufgaben im Verbund wahrnehmen können, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren.

Neue Organisationsformen wie kommunale Genossenschaften werden unterstützt. Ziel ist eine pragmatische Zusammenarbeit, die sich an den tatsächlichen Bedarfen vor Ort orientiert.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien soll zukünftig und weiterhin die finanzielle Situation unserer Kommunen verbessern. Dafür haben wir mit dem Beteiligungs- und Akzeptanzgesetz die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Energiewende steht auch für regionale Wertschöpfung.

Initiativen, die dieses Bestreben voranbringen, wie z.B. das neugegründete Landesnetzwerk Bürgerenergie, werden durch uns auch zukünftig unterstützt.

Demokratie vor Ort lebt vom Ehrenamt

Demokratie in den Kommunen funktioniert nur mit engagierten Menschen. Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker tragen Verantwortung, investieren Zeit und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwesen. Diese Arbeit verdient Anerkennung und Unterstützung durch bessere Rahmenbedingungen. Träger von Qualifizierungsangeboten werden besser unterstützt. In Zusammenarbeit mit Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz wird ein Landesprogramm zum Schutz von Kommunalpolitikern mit Präventionsangeboten, Beratung und rechtlichem Beistand erarbeitet.

Die Aufwandsentschädigungen für kommunale Ehrenämter sollen vollständig steuerfrei gestellt werden. Politisches Engagement darf kein finanzieller Nachteil sein.

Bürgerinformation allein ersetzt keine Beteiligung. Um echte Mitwirkung zu stärken, wird die politische Bildungsarbeit – insbesondere über die Landeszentrale für politische Bildung – ausgebaut. Kommunale Vertretungen und Verwaltungen werden für aktive Beteiligungsformate sensibilisiert, ergänzend zu den Instrumenten des Kommunalverfassungsgesetzes.

Wir setzen uns für die Einführung eines lokalen Bürgerbudgets in Höhe von 20,00 Euro ein. Städte und Gemeinden sollen pro Einwohnerin und Einwohner Mittel erhalten, über deren Verwendung die Menschen vor Ort gemeinsam entscheiden – zur Finanzierung freiwilliger Aufgaben und zur Stärkung demokratischer Teilhabe.

Kommunale Verwaltung modernisieren

Leistungsfähige Kommunen brauchen moderne Verwaltungen. Der Anschluss kommunaler Verwaltungen an leistungsfähige Glasfasernetze wird beschleunigt. Digitale Systeme und Services sollen vom Land nach dem Once-Only-Principle idealerweise zentral entwickelt und bereitgestellt werden, um Kommunen bei der Umsetzung zu entlasten. Digital etablierte Lösungen sind aus anderen Bundesländern zu übernehmen.

Digitale Verwaltung dient nicht der Technik um ihrer selbst willen, sondern besserem Service, schnelleren Verfahren und mehr Transparenz. Ziel sind praxistaugliche Lösungen, die von den Kommunen genutzt werden können.

Brandschutz und Katastrophenvorsorge vor Ort sichern

Der abwehrende Brandschutz ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen und ein zentraler Bestandteil öffentlicher Sicherheit. Städte und Gemeinden werden dabei weiterhin durch das Land unterstützt. Die zentrale Landesbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen hat sich bewährt und wird fortgeführt.

Sanierung und Neubau von Feuerwehrhäusern gewinnen angesichts wachsender Bedarfe an Bedeutung. Das Land legt hier einen Schwerpunkt auf gezielte Unterstützung.

Der Landesfeuerwehrverband als Interessenvertretung der Feuerwehrangehörigen wird dauerhaft und auskömmlich ausgestattet. Eine hauptamtliche Geschäftsführung und langfristig gesicherte Landesförderung schaffen Stabilität und Verlässlichkeit.

Die Förderung von Führerscheinerweiterungen für Feuerwehrmaschinisten wird fortgeführt. Feuerwehrsport und Wettkämpfe werden wieder stärker unterstützt, um Fitness, Teamgeist und Motivation zu fördern.

Kinder- und Jugendfeuerwehren sind unverzichtbar für die Nachwuchsgewinnung. Sie werden dauerhaft gesichert und ausdrücklich als Teil der kommunalen Pflichtaufgabe anerkannt.

Katastrophenschutz handlungsfähig halten

Katastrophenschutz ist Gemeinschaftsaufgabe. Alle Helferinnen und Helfer müssen im Einsatz die gleiche rechtliche Stellung haben – unabhängig von Organisation oder Fachdienst. Eine einheitliche Helfergleichstellung wird angestrebt.

Die Aufstellung der Katastrophenschutzeinheiten muss regional angepasst werden können. Starre Vorgaben werden überprüft, um den unterschiedlichen Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte besser gerecht zu werden. Hierfür wird bis 2031 eine Landesbedarfsplanung erarbeitet, welche unter Berücksichtigung von Demografie, Klima-Risiken und kritischer Infrastruktur die erforderlichen Personal-, Material und Ausbildungsressourcen und Prioritäten für den Ausbau sowie Modernisierung des Katastrophenschutzes empfiehlt.

Europäische Fördermittel für Kommunen sichern

Europäische Fonds wie EFRE, ELER und ESF leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Kommunen. Sachsen-Anhalt setzt sich auf europäischer Ebene für ihren Erhalt ein. Sie ermöglichen Projekte in Dörfern und Städten, stärken Ehrenamt, Freiwilligenbüros und regionale Entwicklung.

Deutschland. Europa. Sachsen-Anhalt.

Sachsen-Anhalt wirkt mit, in Deutschland und in Europa. Verantwortung endet nicht an Landesgrenzen.

Sachsen-Anhalt ist eingebunden in Europa und in den föderalen Staat. Viele Entscheidungen, die den Alltag im Land prägen, werden auf Bundes- oder europäischer Ebene getroffen. Umso wichtiger ist es, dort präsent zu sein, Interessen klar zu vertreten und Gestaltungsspielräume zu nutzen.

Für die SPD Sachsen-Anhalt heißt das: Europa erlebbar machen, europäische Chancen nutzen und zugleich dafür sorgen, dass Entscheidungen in Berlin und Brüssel praxistauglich umgesetzt werden. Ein handlungsfähiges Land braucht einen starken Platz in Europa und einen fairen Bund.

Europa sichtbar und erlebbar machen

Sachsen-Anhalt liegt im Herzen Europas. Die Europäische Union ist Garant für Frieden, Freiheit und Zusammenarbeit. Diese Verbundenheit soll sichtbar werden. Europa gehört in den öffentlichen Raum ebenso wie in die politische Bildung.

Die Bedeutung der EU wird in den Lehrplänen von Geografie, Sozialkunde, Geschichte und Wirtschaft verbindlich verankert. Kenntnisse über Geschichte, Institutionen und Entscheidungswege der EU sind Teil zentraler politischer Bildung.

Landesweite Aktionen zum Europatag am 9. Mai, die Europawochen sowie Projekte von Schulen, Kommunen, Jugendzentren und Partnerschaftsvereinen werden gezielt gefördert. Europa soll nicht abstrakt bleiben, sondern im Alltag erfahrbar sein.

Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale) bietet die Chance, Sachsen-Anhalt zu einem zentralen Ort des Dialogs über europäische Transformation zu machen.

Austausch und Partnerschaften stärken

Europa lebt vom Austausch. Sachsen-Anhalt stärkt die Zusammenarbeit mit seinen Partnerregionen in Polen und Frankreich – durch Schüleraustausch, Bildungs- und Unternehmensnetzwerke sowie gemeinsame Kulturprojekte.

Kommunen werden bei der Anbahnung und Wiederbelebung von Städtepartnerschaften unterstützt. Ein Landesfonds erleichtert Projekte, Jubiläen und neue Initiativen. Partnerschaftsvereine erhalten besseren Zugang zu Beratung und Förderung.

Das Netzwerk der EU-Gemeinderäte wird gestärkt. Die Mitwirkung Sachsens-Anhalts im Ausschuss der Regionen wird aktiv genutzt, um frühzeitig Einfluss auf europäische Gesetzgebung zu nehmen.

Europa-Akteure im Land – von Jugendbildungsstätten bis zu Europe-Direct-Zentren – leisten unverzichtbare Arbeit für Information, Austausch und Beteiligung. Ihre Arbeit wird langfristig abgesichert.

Junge Menschen für Europa gewinnen

Jeder junge Mensch in Sachsen-Anhalt soll unabhängig vom Geldbeutel der Eltern mindestens einmal an einem europäischen Jugendaustausch teilnehmen können. Schulische Begleitung und gezielte Informationsangebote erleichtern den Zugang zu EU-Programmen wie Erasmus – insbesondere an Sekundar- und Berufsschulen.

Das Europaschul-Netzwerk wird weiter ausgebaut. Europa-Schulprojektstage werden flächendeckend unterstützt, auch außerhalb von Wahljahren. Bildungsreisen nach Brüssel und Straßburg machen europäische Demokratie konkret erlebbar.

Europa wirtschaftlich nutzen

Der europäische Binnenmarkt bietet große Chancen für Sachsen-Anhalt. Ein vernetzter, wettbewerbsfähiger Mittelstand soll diese Möglichkeiten besser nutzen können. Unterstützungsstrukturen wie das Enterprise Europe Network werden gestärkt.

Sachsen-Anhalt beteiligt sich wieder aktiv am Netzwerk der Europäischen Chemieregionen. Europäische Kooperationen stärken Industrie, Innovation und den Strukturwandel im Land.

Europäische Fördermittel gezielt einsetzen

EU-Fördermittel sind eine zentrale Investitionsquelle für Sachsen-Anhalt. Das Land setzt sich für einen frühzeitigen Start der Förderperiode 2028–2034 ein, um Mittelverluste zu vermeiden. Übergangsfinanzierungen für laufende Projekte werden rechtzeitig gesichert.

Strukturförderprogramme müssen weiterhin von Ländern und Kommunen gesteuert werden. Eine zentrale Verteilung über den Bundeshaushalt lehnen wir ab. Der LEADER- und CLLD-Ansatz bleibt ein Kerninstrument regionaler Entwicklung.

Förderprogramme werden vereinfacht, stärker pauschaliert und an Meilensteine geknüpft. EU-Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie Familien, junge Menschen, Bildung, Berufsorientierung und regionale Infrastruktur stärken.

Für die Kohleregionen setzt sich Sachsen-Anhalt für ein Anschlussprogramm an den Just Transition Fund ab 2028 ein. Forschung, Innovation und Bildung werden stärker in europäische Netzwerke eingebunden. Das EU-Hochschulnetzwerk wird weiter unterstützt.

EU-Vorgaben sollen in Sachsen-Anhalt sachgerecht umgesetzt werden – ohne nationale Draufsattlungen, die Bürokratie erhöhen und Praxis erschweren.

Verantwortung im föderalen Staat

Ein handlungsfähiger Bund ist Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sachsen-Anhalt bringt sich aktiv in bundespolitische Debatten ein und vertritt seine Interessen selbstbewusst.

Angesichts des Erstarkens rechtsextremer Kräfte setzt sich Sachsen-Anhalt für eine Weiterentwicklung des Grundgesetzes ein. Die Landesverfassung kann dabei Vorbild sein – etwa mit klaren Regelungen gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.

Bundeseinrichtungen im Land stärken

Bundeseinrichtungen wie Umweltbundesamt, Cyberagentur und Bundesverwaltungsamt schaffen Wissen, Arbeitsplätze und Kompetenz im Land. Die faire Verteilung von Bundesbehörden über alle Bundesländer wird weiter eingefordert.

Das Bundeskonzept zur Stärkung ostdeutscher Repräsentanz in Führungspositionen der Bundesverwaltung muss konsequent umgesetzt werden.

Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale) ist eine große Chance für Sachsen-Anhalt. Das Land unterstützt den Bau im Rahmen seiner Zuständigkeiten.

Zur Vollendung der Deutschen Einheit gehört die vollständige Verlagerung aller Bundesministerien von Bonn nach Berlin.

Sicherheit, Frieden und Verantwortung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa ist angespannt. Sachsen-Anhalt hätte im Bündnisfall eine besondere logistische Bedeutung. Der Bund ist gefordert, den Zivilschutz und die zivile Verteidigung im Land zu stärken.

Gleichzeitig gilt: Sicherheit entsteht nicht allein militärisch. Diplomatie, Verständigung, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit bleiben zentrale Aufgaben deutscher und europäischer Politik.

Finanzpolitische Initiativen Sachsen-Anhalts auf Bundesebene

Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist stark gestiegen. Bezogen die unteren 50% der Bevölkerung 1995 noch 25,91% des Nationaleinkommens, waren es 2017 nur noch 13,48%. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der oberen 10% am Nationaleinkommen von 31,67% auf 42,44% zu. Das Vermögen entfällt zu 67% auf die Top 10% der Bevölkerung. Dies ist auch durch die Steuerpolitik bedingt. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat ermittelt, dass deutsche Multimillionäre aufgrund steuerlicher Privilegien mit 26% einer viel geringeren Belastung unterliegen als Erwerbstätige, die laut OECD mit Steuern und Abgaben von etwa 48% belastet sind. Die Situation erfordert einen tiefgreifenden Wandel, für den wir uns auf Bundesebene mit den folgenden Vorschlägen einsetzen werden.

Zentral ist die steuerliche Entlastung von Haushalten mit geringen Einkommen. Die Umsatzsteuer auf Lebensmittel des Grundbedarfs sowie die Stromsteuer sollen daher für alle Haushalte gesenkt und die Zuschüsse des Bundes zu den Netzentgelten über 2026 hinaus verstetigt werden. Die hohe deutsche Teilzeitquote ist auch dadurch bedingt, dass sich der Vollerwerb durch die hohe Steuer- und Abgabenlast nicht hinreichend lohnt. Daher sollen Abgaben gerade für geringe Einkommen spürbar gesenkt werden und Selbständige und Arbeitnehmer „mehr netto vom brutto“ erhalten. Konkret fordern wir die Ablösung von Mini-Jobs und Gleitzone durch einen monatlichen Freibetrag für Sozialbeiträge, die Abschaffung des sog. „Mittelstandsbauches“ bei der Einkommensteuer und eine bessere Abstimmung von Steuer- und Sozialversicherungsrecht für Zweitverdiener. Um den Vermögensaufbau zu fördern fordern wir für natürliche Personen eine Befreiung des Ersterwerbs von Immobilien von der Grunderwerbsteuer sowie eine Wiederauflage der Eigenheimzulage für Familien mit niedrigen Einkommen.

Als Gegenfinanzierung fordern wir die konsequente Streichung steuerlicher Privilegien für Vermögenseinkünfte und Finanzerträge. Erträge aus Mietimmobilien, Aktien, Kryptowährungen oder Zinsen sollen besteuert werden wie andere Einkommen. Auch fordern wir eine Steuer von 2% auf Vermögen über 100 Millionen Euro als Ausgleich für entgangene Ertragsteuern auf nicht realisierte Gewinne sowie eine Finanztransaktionssteuer nach

französischem Vorbild. Bei der Grunderwerbsteuer sollen Gestaltungen durch Share Deals unmöglich gemacht werden. Essentiell ist auch effektive Besteuerung von hohem Erbvermögen. Privilegien für Vermögende in den §§ 13a, 13b und 28a ErbStG sollen gestrichen und durch großzügige Stundungsregelungen mit moderatem Zins sowie einen Freibetrag von 5 Mio. Euro für kleine und mittlere Unternehmen ersetzt werden. Dies garantiert, dass auch Erben einen Beitrag entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit erbringen, ohne diese zu überlasten.

In den nächsten zehn Jahren könnte die Einwohnerzahl von Sachsen-Anhalt unter zwei Millionen fallen. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass im sog. Finanzkraftausgleich eine Höhergewichtung von sog. niedrig besiedelten Bundesländern vorgenommen wird. Dies scheint erforderlich, um auch künftig möglichst gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands sicherzustellen.

Ein Staat, der funktioniert

Eine Verwaltung, die funktioniert, ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung für Vertrauen, wirtschaftliche Entwicklung und guten Service.

Ob der Staat als leistungsfähig wahrgenommen wird, entscheidet sich nicht an Leitbildern, sondern im Kontakt mit der Verwaltung. Wenn Genehmigungen dauern, Zuständigkeiten unklar sind oder Verfahren unnötig kompliziert, geht Vertrauen verloren. Eine moderne Verwaltung muss deshalb vor allem eines leisten: Aufgaben zuverlässig, effizient und bürgernah erledigen.

Sachsen-Anhalt steht vor der Aufgabe, seine Verwaltungsstrukturen an veränderte Anforderungen anzupassen. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung und steigende Komplexität erfordern neue Formen der Aufgabenwahrnehmung. Ziel ist eine Verwaltung, die auch unter Belastung leistungsfähig bleibt – pragmatisch, kooperativ und klar organisiert.

Aufgaben dort bündeln, wo sie wirksam erledigt werden

Aufgaben müssen dort angesiedelt werden, wo sie fachlich und organisatorisch am besten erledigt werden können. Dazu werden Verwaltungsaufgaben fachlich, funktional und räumlich gebündelt. Spezialisierung und Arbeitsteilung erhöhen Qualität, Effizienz und Krisenfestigkeit.

Es wird ein Meldeportal eingerichtet. Die Idee des Meldeportals einfach-machen.gov.de ist gut und kann ausgebaut werden.

Bündelungsbehörden werden weiterentwickelt und stabilisiert. Ihre Effizienz wird regelmäßig überprüft, ohne sie durch permanente Strukturdebatten zu schwächen. Verwaltungsreform bedeutet nicht ständige Umorganisation, sondern verlässliche Strukturen mit klaren Zuständigkeiten.

Nutzerorientierung in den Mittelpunkt stellen

Verwaltung richtet sich an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer aus – von Bürgerinnen und Bürgern bis zu Unternehmen. Verfahren werden verständlich, nachvollziehbar und zugänglich gestaltet. Ziel ist ein einheitlicher, nutzerfreundlicher Zugang zu Verwaltungsleistungen.

Verwaltung muss einfacher und verständlicher werden, Anträge, Bescheide sollen Erläuterungen oder Beiblätter in Einfacher Sprache erhalten.

Verwaltung und öffentliche Einrichtungen müssen Vorbild sein, wenn es um Gleichstellung und Respekt geht. Dazu gehören die Anerkennung selbstgewählter Namen und Pronomen, eine queersensible Aus- und Weiterbildung sowie eine gendersensible Sprache. Eine moderne, demokratische Verwaltung steht für Vielfalt, Offenheit und Anerkennung.

Verwaltungsleistungen sollen dort digital angeboten werden, wo es sinnvoll ist, und persönlich erreichbar bleiben, wo Beratung notwendig ist. Serviceorientierung ist kein Zusatz, sondern Kern staatlicher Aufgabenwahrnehmung.

Digitalisierung konsequent umsetzen

Digitalisierung ist ein zentrales Instrument zur Modernisierung der Verwaltung. Sie ermöglicht bessere und schnellere Serviceleistungen. Entscheidend ist nicht die Anzahl digitaler Angebote, sondern deren durchgängige Nutzung. Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren werden deshalb konsequent Ende-zu-Ende digitalisiert – vom Antrag bis zum Bescheid.

Angesichts aktueller internationaler Entwicklungen und zunehmender Cyberangriffe auf öffentliche Infrastruktur braucht es Resilienz und Datensouveränität auf europäischer Ebene. Für die Landesverwaltung wird der Einsatz quelloffener Software (Open Source) als Ersatz für außereuropäische Software entschieden vorangetrieben. Das ist zugleich eine Chance für die heimische IT-Wirtschaft. Zudem stärkt das Land seine Fähigkeiten zur Prävention, Erkennung und Bewältigung von Cybervorfällen. Dazu gehören klare Zuständigkeiten, eine leistungsfähige Koordinierungs- und Reaktionsstruktur sowie die gezielte Unterstützung von Kommunen und öffentlichen Einrichtungen bei der Absicherung ihre IT-Systeme.

Ein moderner Plattformansatz mit standardisierten Modulen ermöglicht Nachnutzung, senkt Kosten und vermeidet Insellösungen. Fach- und IT-Gremien setzen verbindliche Standards, um Einheitlichkeit und Verlässlichkeit im Verwaltungsvollzug zu sichern.

Der Einsatz künstlicher Intelligenz erfolgt verantwortungsvoll. KI kann Prozesse beschleunigen und Beschäftigte entlasten, ersetzt aber keine Entscheidungen im Einzelfall. Transparenz, Datenschutz und Rechtsklarheit bleiben Maßstab. Zwar ist künstliche Intelligenz in vielen Bereichen eine sinnvolle Ergänzung, jedoch lehnen wir den Einsatz von KI-Software wie z.B. 'Palantir' ab.

Kooperationen stärken, Verfahren vereinfachen

Verwaltungskooperationen zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen werden gezielt gefördert. Doppelprüfungen werden abgebaut, Förderverfahren vereinfacht und, wo sinnvoll, Experimentierklauseln eingeführt, um neue Wege erproben zu können.

Interkommunale Zusammenarbeit wird unterstützt, insbesondere bei spezialisierten Aufgaben. Modular aufgebaute Verfahren ermöglichen flexible Lösungen ohne Qualitätsverlust.

Personal folgt den Aufgaben

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht qualifiziertes Personal. Personaldurchlässigkeit zwischen den Ebenen wird gestärkt, damit Beschäftigte dort eingesetzt werden können, wo sie gebraucht werden. Starre Zuständigkeitsgrenzen werden überprüft.

Personalkennzahlen sind kein Selbstzweck. Personalabbau darf nicht zu längeren Verfahrensdauern führen oder durch steigende Sachkosten kompensiert werden. Insbesondere in der Steuerfahndung und Betriebsprüfung werden wir Kapazitäten konzentrieren. Gute Arbeitsbedingungen, Weiterbildung und moderne Arbeitsformen sind Voraussetzung für Effizienz und Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt soll ein attraktiver, moderner und tarifgebundener Arbeitgeber sein. Wir sorgen für eine verlässliche Personalentwicklung.

Reform kooperativ umsetzen

Verwaltungsreform ist kein Projekt einzelner Ebenen. Sie wird kooperativ umgesetzt – gemeinsam mit Kommunen, Beschäftigten und Interessenvertretungen. Prioritäten werden klar gesetzt, Reformschritte nachvollziehbar kommuniziert und regelmäßig überprüft.

Ziel ist eine Verwaltung, die auch in Krisenzeiten handlungsfähig bleibt – zuverlässig, transparent und leistungsorientiert.

Wofür wir Geld im Land ausgeben

Finanzen entscheiden über Handlungsspielräume. Sie machen Investitionen möglich und sichern Verlässlichkeit staatlichen Handelns.

Landesfinanzen entscheiden darüber, ob politische Entscheidungen Wirkung entfalten. Sie bestimmen, ob investiert werden kann, ob öffentliche Aufgaben zuverlässig erfüllt werden und ob der Staat handlungsfähig bleibt – im Alltag ebenso wie in Krisenzeiten.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die Stabilität sichert und Zukunft ermöglicht. Unser Anspruch ist es, notwendige Investitionen zu ermöglichen, ohne die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes zu gefährden. Haushaltsdisziplin und Gestaltungsfähigkeit gehören für uns zusammen.

Die Finanzierung eines handlungsfähigen Sozialstaats und der ökologischen Transformation erfordert Steuergerechtigkeit. Wir setzen uns im Bundesrat ein für die Wiedereinführung einer wirksamen Vermögensteuer, eine gerechte Erbschaftsteuer, die Übergewinnabschöpfung in Krisenzeiten sowie die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Solide Haushaltsführung mit klaren Prioritäten

Landesfinanzen müssen langfristig tragfähig sein. Durch klare Prioritätensetzung und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln sichern wir die Handlungsfähigkeit des

Landes auch für kommende Generationen. Schuldenabbau bleibt dabei ein zentrales Ziel, ohne notwendige Zukunftsinvestitionen zu blockieren.

Der Landeshaushalt wird transparent, nachvollziehbar und ausgewogen geführt. Soziale Verantwortung, wirtschaftliche Stabilität und Investitionsfähigkeit werden gemeinsam betrachtet.

Gerade angesichts knapper Kassen prüfen wir die Einführung von Gender Budgeting für den gesamten Landeshaushalt. Öffentliche Mittel sollen so eingesetzt werden, dass ihre Auswirkungen auf die verschiedenen Geschlechter sichtbar gemacht und gleichstellungspolitisch bewertet werden.

Bundes-Sondervermögen gezielt nutzen

Die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes bieten Sachsen-Anhalt die Möglichkeit, strukturelle Defizite gezielt anzugehen. Ihr Einsatz erfolgt transparent und wirkungsorientiert.

Investitionen konzentrieren sich insbesondere auf

- die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur,
- die Stärkung der regionalen Gesundheitsversorgung,
- klimafreundliche Energieprojekte und
- den Ausbau digitaler Netze, vor allem im ländlichen Raum.

Jeder eingesetzte Euro soll langfristigen Nutzen für das Land bringen – sozial, wirtschaftlich und ökologisch.

Die konkrete Ausgestaltung der Mittelverwendung wird fortlaufend an die Rahmenbedingungen des Bundes angepasst.

Bau- und Liegenschaftspolitik strategisch weiterentwickeln

Die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes spielt eine zentrale Rolle für wirtschaftliches Handeln und effiziente Haushaltsführung. Ziel ist es, Kosten zu senken, Abläufe zu verbessern und langfristige Spielräume zu schaffen.

Wahlfreiheit in der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte

Beamtinnen und Beamte sollen echte Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung erhalten. Das derzeitige System benachteiligt diejenigen, die sich für die gesetzliche Krankenversicherung entscheiden.

Mit der Einführung der pauschalen Beihilfe nach dem Vorbild anderer Bundesländer stellen wir sicher, dass Beamtinnen und Beamte unabhängig vom gewählten Versicherungssystem gleichbehandelt werden. Das stärkt individuelle Entscheidungsfreiheit, entlastet private Haushalte und unterstützt den solidarischen Charakter des Gesundheitssystems.

Pensionsfonds sichern: Verantwortung für kommende Generationen

Sachsen-Anhalt hat mit dem Pensionsfonds frühzeitig Vorsorge für steigende Versorgungsverpflichtungen getroffen. Dieses Instrument wird konsequent fortgeführt und gestärkt.

Durch regelmäßige Einzahlungen und eine nachhaltige Anlagestrategie wird langfristige Haushaltsstabilität gesichert. Dabei werden auch Möglichkeiten geprüft, landeseigene Immobilien zu erwerben, um dauerhafte Mietbelastungen zu reduzieren. Der Pensionsfonds steht für generationengerechte Finanzpolitik mit Weitblick.

Dezentrale Behördenstandorte stärken den ländlichen Raum

Die Ansiedlung von Landesbehörden und Verwaltungseinheiten in Mittelzentren und ländlichen Regionen stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe, schafft Arbeitsplätze und verbessert die Erreichbarkeit öffentlicher Dienstleistungen.

Eine ausgewogene Standortpolitik trägt zur gleichwertigen Entwicklung aller Landesteile bei und wirkt Abwanderung entgegen.

Tarifergebnisse zeitgleich übertragen

Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst müssen zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Beamte übertragen werden. Gleiche Anforderungen verdienen gleiche Anerkennung.

Eine faire und verlässliche Übertragung der Tarifabschlüsse stärkt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und sichert Motivation sowie Leistungsfähigkeit der Beschäftigten.

Personalvertretungsrechte stärken

Personalvertretungen sind ein zentraler Bestandteil einer modernen Verwaltung. Ihre Rechte müssen gestärkt werden, um Mitbestimmung, Transparenz und faire Arbeitsbedingungen zu sichern. Dazu wird das Personalvertretungsgesetz in Abstimmung mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften umfassend modernisiert.

Eine leistungsfähige Verwaltung arbeitet nicht gegen, sondern mit ihren Beschäftigten. Starke Personalvertretungen sind ein Garant für demokratische und faire Strukturen im öffentlichen Dienst.

Daueraufgaben dauerhaft finanzieren: Projektitis beenden

Viele Aufgaben in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung und Jugendhilfe sind längst Daueraufgaben, werden aber weiterhin über kurzfristige Projektförderungen finanziert. Diese Praxis schafft Unsicherheit, bindet Ressourcen und erschwert langfristige Planung.

Förderbereiche werden systematisch daraufhin überprüft, ob sie faktisch dauerhafte Leistungen abbilden. Solche Aufgaben sollen künftig langfristig und verbindlich gefördert werden. Institutionelle Förderung schafft Planungssicherheit, entlastet Verwaltung und stärkt Wirkung vor Ort.

Förderverfahren werden vereinfacht, digitalisiert und praxisnah gestaltet. Moderne Förderpolitik ist kooperativ, nicht von Misstrauen getrieben.

Was Kommunen brauchen: Spielräume für die Städte und Gemeinden

Starke Kommunen brauchen starke Finanzen. Nur mit verlässlichen Einnahmen können Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aufgaben erfüllen.

Kommunen tragen Verantwortung für den Alltag der Menschen. Sie sichern Pflichtaufgaben, investieren in Infrastruktur und halten das öffentliche Leben am Laufen. Dafür brauchen sie eine Finanzbasis, die ihre tatsächlichen Aufgaben abbildet und Planungssicherheit bietet.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für eine Kommunalfinanzpolitik, die Verlässlichkeit schafft. Ziel ist es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise dauerhaft zu sichern – unabhängig von Konjunkturzyklen oder kurzfristigen Krisen.

Bedarfsgerechter kommunaler Finanzausgleich

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert einen bedarfsgerechten kommunalen Finanzausgleich (FAG), der die tatsächlichen Aufgaben der Gemeinden abbildet. Dazu gehört, dass auch Abschreibungen berücksichtigt werden.

Bundeszusweisungen dürfen nicht angerechnet werden - sie sind zusätzliche Hilfen und kein Ersatz für eine solide Finanzausstattung. Nur so können Kommunen ihre Pflichtaufgaben zuverlässig erfüllen und gleichzeitig in Zukunftsprojekte investieren. Kommunen mit hohen sozialen Lasten benötigen gezielte zusätzliche Unterstützung damit gleichwertige Verhältnisse in ganz Sachsen-Anhalt gewährleistet werden

Transparenz bei der Grundsteuer

Die Erhebung der Grundsteuer muss für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Wir erwarten eine transparente und umfassende Information durch die Finanzämter, damit die Grundlagen der Steuerfestsetzung verständlich dargestellt werden.

Kommunen mit hohen sozialen Lasten benötigen gezielte zusätzliche Unterstützung, damit gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Sachsen-Anhalt gewährleistet werden.

Kommunale Einnahmen stärken

Kommunen erhalten bislang einen zu geringen Anteil an den öffentlichen Einnahmen. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich deshalb für eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein, die die kommunale Ebene stärkt.

Dazu gehören:

- die Sicherung der Gewerbesteuer als zentrale kommunale Einnahmequelle,
- höhere Anteile der Kommunen an der Einkommen- und Umsatzsteuer und

- eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer, die die Länder stärkt und damit auch den Kommunen zugutekommt.

Verlässlichkeit bei Aufgabenübertragung

Neue Aufgaben dürfen Kommunen nur übertragen werden, wenn sie vollständig finanziert sind. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ gilt uneingeschränkt. Zusätzliche Pflichten ohne ausreichende Finanzierung untergraben die kommunale Selbstverwaltung und gefährden die Erfüllung bestehender Aufgaben.

Schwankungen abfedern, Investitionen sichern

Krisen wie Wirtschaftseinbrüche oder Pandemien treffen Kommunen besonders hart. Um Einnahmeschwankungen abzufedern, setzt sich die SPD Sachsen-Anhalt für einen kommunalen Steuerschwankungsfonds ein. Er soll helfen, kurzfristige Einbrüche auszugleichen und Planungssicherheit zu schaffen.

Darüber hinaus fordern wir ein dauerhaftes kommunales Infrastruktur- und Investitionsprogramm. Es soll unabhängig von akuten Krisen bestehen und Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen und öffentliche Einrichtungen ermöglichen. So werden Arbeitsplätze vor Ort gesichert und die langfristige Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt.

Sachsen-Anhalt kann es besser – und Sachsen-Anhalt muss es besser machen.